

Gewerkschaft

Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs

Hauptschriftleitung: **E. Dittmer**
 Berlin SO 36, Schlesische Str. 42
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz Nr. 11944

Berlin, den 9. August 1930

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
 Bezugspreis:
 Monatlich durch die Post 50 Reichspfennig

Zum Verfassungstage am 11. August

Auf dem Internationalen Gewerkschaftskongress in Stockholm hat der englische Delegierte **George Hicks** in seinem vorzüglichen Referat über „Die Gewerkschaftsbewegung in Ländern ohne Demokratie“ gesagt, daß die Demokratie Vorbedingung für den Bestand und das gesunde Wachstum der Gewerkschaftsbewegung ist. Das zeigt wie stark die Gewerkschaften national und international an der Gestaltung der Staatsverfassungen interessiert sind; denn von diesen hängt Leben oder Tod der Gewerkschaften ab. Um bestehen und sich gesund entwickeln zu können, bedürfen die Gewerkschaften des uneingeschränkten Koalitionsrechts. Ohne dieses gibt es keine Gewerkschaften, weil der Staat, der das Koalitionsrecht versagt, mit seinen Machtmitteln (Polizei und Justiz) jede Regung nach einer Vereinigung der Arbeitnehmer zum Zwecke der Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen brutal unterdrückt. Ohne Gewerkschaften gibt es aber auch keine gehobene, sondern nur eine verelendete, auf rückständiger Kulturstufe stehende Arbeiterklasse. Länder mit absolutistischer oder diktatorischer Regierung haben kein Koalitionsrecht oder es steht nur auf dem Papier. Darum erleben wir, daß in Italien, seitdem **Mussolini** dort herrscht, die freien Gewerkschaften ausgerottet sind und in Spanien, Polen, Bulgarien, Jugoslawien, Griechenland, Japan usw. nur kümmerlich dahin vegetieren.

Zu den demokratisch regierten Ländern rechnet **Hicks** in erster Linie Deutschland und England. Wir freuen uns, daß wir in Deutschland eine sehr weitgehende demokratische Verfassung errungen haben, die den Gewerkschaften das Recht gewährt, sich frei von allen polizeilichen und gerichtlichen Verfolgungen zu entwickeln. Die deutsche Reichsverfassung — Weimarer Verfassung genannt, weil sie von der deutschen Nationalversammlung in Weimar beschlossen wurde — gewährt in ihrem Artikel 159 das Koalitionsrecht in vollem Umfange. Klipp und klar heißt es dort:

„Die Vereinigungsfreiheit zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Alle Abreden und Maßnahmen, welche diese Freiheit einzuschränken oder zu behindern suchen, sind rechtswidrig.“

Hierin unterscheidet sich die Verfassung von Weimar sehr vorteilhaft von der Bismarckschen Verfassung des halbabsolutistischen, kaiserlichen Deutschlands, die über das Koalitionsrecht überhaupt nichts enthielt. Reichlich dürftig gewährte es nur § 152 der Gewerbeordnung. Jede wirkliche, oder juristisch als solche gestempelte, Ueberschreitung dieses mangelhaften Rechts wurde aber sofort mit schweren Gefängnisstrafen auf Grund § 153 GG. geahndet. Unternehmertum und Staat, Polizei und Justiz haben vermittels dieses Paragraphen nur zu oft und zu umfangreich ihre Rache an den ausgemergelten Arbeitern gekühlt, wenn diese sich „er-

dreiteten“, den schwerreichen Kapitalisten von ihren Riesengewinnen einige Pfennige Lohnhöhung abzurufen. Das Unternehmertum sah — und sieht auch heute noch — in jeder Lohnbewegung der Arbeiter eine Schmälerung seines Profits und eine Gefährdung seiner Werksherrschaft. Polizei und Justiz aber erblickten darin eine Bedrohung der öffentlichen Ordnung und des Staates.

Die Weimarer Verfassung hat dem deutschen Volke aber auch das demokratische Wahlrecht für Reich, Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände gebracht. Außerdem gewährt sie dem Volke das Recht, durch Volksbegehren und Volksentscheid die Gesetzgebung direkt zu beeinflussen oder selbst auszuüben. Unter richtiger Anwendung dieser Rechte haben die Arbeitnehmer infolge ihres zahlenmäßigen Uebergewichts die Macht, die Gesetze und die Verwaltung von Reich, Ländern und Gemeinden in ihrem Sinne zu gestalten. Hätten die vielen Arbeitnehmer, die nicht nur die bürgerliche Mitte, sondern sogar deutschnational und hitlerisch wählten, für sozialdemokratische Listen gestimmt, manche arbeiter-schädlichen Parlamentsbeschlüsse und Regierungsmaßnahmen wären unterblieben und wir brauchten heute, wo mit Artikel 48 regiert wird, nicht in banger Sorge um den Bestand der demokratischen Verfassung zu sein.

Hicks hat in Stockholm auch ausgeführt, daß es selbst in den demokratischsten Ländern Klassen und Klassenkämpfe gibt, deren Resultat in der Praxis die Diktatur der Kapitalisten über die Arbeiterklasse ist. Das wird uns in der Zeit der gegenwärtigen Wirtschaftskrise durch die brutal übertriebenen Massenentlassungen von Arbeitern und Angestellten, die an die schlimmsten Zeiten der Arbeiteraussperrungen erinnern, besonders deutlich vor Augen geführt. Das zeigt, wie weit wir in Deutschland trotz Weimarer Verfassung, Betriebsräte- und Schlichtungsgesetz von der Wirtschaftsdemokratie noch entfernt sind. Auch Wirtschaftsfragen sind Verfassungsfragen. Der demokratische Staat muß dazu übergehen, stärkeren Einfluß auf die Volkswirtschaft zu nehmen. Die Uebermacht der Privatkapitalisten muß mehr und mehr zurückgedrängt und schließlich ganz ausgeschaltet werden, so daß im demokratischen Staate auch demokratische Wirtschaft, frei von aller Arbeiterausbeutung herrscht.

Verfassungsfragen sind Machtfragen! Die Macht über die Verfassung, den Staat und die Wirtschaft kann die Arbeiterklasse erringen, wenn sie sich einheitlich in den freien Gewerkschaften und in der Sozialdemokratischen Partei organisiert und bei politischen Wahlen nur dieser Partei die Stimme gibt. Wählen wir am 14. September sozialdemokratisch, so verteidigen wir nicht nur die bestehende Verfassung gegen die Diktaturgelüste der Reaktion, sondern wir können auch an ihrem weiteren Ausbau im Sinne der Wirtschaftsdemokratie denken.

G. Renner.

Die wirtschaftliche Bedeutung der hohen Löhne

Das Lohnproblem steht in Deutschland wieder einmal im Vordergrund des Interesses. Durch Herabsetzung der Löhne will man die Produktionskosten vermindern und damit die Wirtschaft wieder ankurbeln. Da der Lohn einen mehr oder minder bedeutenden Teil der Herstellungskosten jeder Ware ausmacht, so soll der Lohnminderung eine Preisenkung folgen und damit der Absatz gesteigert und die Produktion gehoben werden.

Nach allen Erfahrungen ist dies aber ein schwerer Irrtum, insbesondere in einem Lande wie Deutschland, wo 80 Proz. der gesamten Erzeugung im Lande selbst verbraucht wird und daher ein a u f n a h m e f ä h i g e r Innenmarkt die Voraussetzung für eine Produktionssteigerung ist. Bestenfalls wird nach der Lohnsenkung der Absatz derselbe bleiben. Vermutlich wird aber der Verbrauch sich vermindern und keinesfalls sich vermehren, da die Konsumkraft der überwiegenden Masse der Bevölkerung durch die Einkommenskürzung der Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenerschaft geschwächt ist.

In der Zeit, als die Hauptmasse der deutschen Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig war, hatte der Spruch seine Berechtigung: „Hat der Bauer Geld, hat's die ganze Welt“. Heute aber heißt es mit Recht: „Hat der Arbeiter Geld, hat's die ganze Welt“.

Die Wahrheit dieses Spruches haben zuerst die Unternehmer erkannt, die als die geschäftstüchtigsten und gerissensten allgemein anerkannt sind, nämlich die amerikanischen. Das Internationale Arbeitsamt hat in der letzten Zeit dem Studium der Wirkung der hohen Löhne auf die Wirtschaft der Vereinigten Staaten seine besondere Aufmerksamkeit gewidmet und sowohl in der „Internationalen Rundschau der Arbeit“ als auch in dem kürzlich erschienenen „Bericht des Direktors“ wichtige Abhandlungen über diese Frage veröffentlicht.

Für große Gruppen der Industriearbeiter liegen in den Vereinigten Staaten die Reallöhne im allgemeinen um 25 Proz. höher als in der Vorkriegszeit. Im Vergleich mit den meisten anderen Ländern sind die Löhne hoch, selbst wenn man das Fehlen der sozialen Versicherungen in Rechnung stellt. Auch bei Berücksichtigung der verschiedenen Lebenshaltungen liegen die Löhne der wichtigsten amerikanischen Arbeitergruppen mindestens um 50 Proz. über den höchsten europäischen Löhnen, und die sind doppelt so hoch als in einer beträchtlichen Zahl der wichtigsten europäischen Industrieländer. Die hohen Löhne bewirken, daß die Leistungen des Arbeiters steigen, da seine Arbeitsfähigkeit sich bessert und auch seine geistige Einstellung zur Arbeit günstig beeinflusst wird. Diese gute Wirkung der Lohnerhöhungen auf die Arbeiter war in den Vereinigten Staaten während der letzten Jahre zweifellos von außerordentlicher Bedeutung. In einer Reihe von Industrien sind beträchtliche Erhöhungen der Lohnsätze erfolgt, während man in anderen Gewerbezweigen eine Lohnkürzung nach Möglichkeit vermied. Dadurch haben sich auch bessere Beziehungen zwischen den Betriebsleitungen und den Arbeitern entwickelt.

Noch wichtiger als die Steigerung der physischen Leistungsfähigkeit des Arbeiters durch die Aufbesserung des Lohnes ist die Erhöhung seiner Kaufkraft, was sich für die Wirtschaft eines Landes und damit auch für die Unternehmerrgewinne nur günstig auswirkt. Diese Einsicht ist in Amerika Allgemeingut geworden. So schreibt Dennison in dem Kapitel über Betriebsführung in dem Buch „Recent Economic Changes“, daß sich überall eine Wirtschaftsanschauung geltend macht, die von der vor einigen Jahren vertretenen Ansicht ganz verschieden ist:

... Statt zu glauben, daß jeder für hohen Lohn ausgegebene Cent vom Gewinn des Geldgebers oder schließlich dem Verbraucher abgezogen wird, besteht nunmehr weitgehend die Ansicht, daß, wenn eine Erhöhung der Produktivität gleichzeitig mit einer Erhöhung der Löhne erfolgt, die sich ergebende Erhöhung der

Kaufkraft nicht nur eine höhere Lebenshaltung und einen besseren Gesundheitszustand hervorruft, sondern auch die Menge und Verschiedenartigkeit der absetzbaren Waren vermehrt. Diese vergrößerten Warenmengen führen weiter zu einer Herabsetzung der Kosten und wiederum zu einer Erhöhung des Wohlstandes, da die allgemeinen Unkosten sinken und sich die Arbeitsvorgänge spezialisieren lassen. ...

Interessant ist, daß die amerikanischen Unternehmer, vor dieselbe Frage gestellt wie jetzt die deutschen, die Erhöhung der Löhne einer allgemeinen Preisherabsetzung vorgezogen haben. Ein Sinken des Preisstandes lähmt die Geschäftstätigkeit zunächst, da die Nachfrage nach Gütern so lange als möglich hinausgeschoben wird, denn man glaubt sie zu einem noch niedrigerem Preise erstehen zu können.

In Zeiten gewerblicher Schwierigkeiten wurde, wie Alber Thomas in seinem Bericht mitteilt, der Grundsatz vertreten und oft auch angewandt: „Löhne sind an letzter und nicht an erster Stelle herabzusetzen!“ Diesen Grundsatz sollten die deutschen Unternehmer und die ihnen ergebene Regierung beherzigen!

Der bekannteste Vertreter der Theorie von der Wirtschaftlichkeit der hohen Löhne ist der Automobilkönig Henry Ford. Noch vor dem Kriege wurde Fords Politik durch zahlreiche amerikanische Arbeitgeber beanstandet. Nichtsdestoweniger blieb diese Politik erfolgreich. Die gegenwärtig von Ford gezahlten Mindestlöhne sind höher als die Löhne der ungelerten Arbeiter in vielen amerikanischen Unternehmungen.

Ford will nun in seinen europäischen Fabriken den Arbeitern unter Berücksichtigung der dortigen Lebensverhältnisse dieselben Reallöhne gewähren, wie seinen Arbeitern im Stammwerk in Detroit. Er wandte sich deshalb im vergangenen Jahre an das Internationale Arbeitsamt mit der Bitte, in 17 Städten — in 13 europäischen Ländern — in denen Fordfabriken bestehen, eine Erhebung über die dortigen Lebenskosten zu veranstalten. Es wurden zu diesem Zweck 25 000 Dollar zur Verfügung gestellt. Trotz des lebhaften Widerspruchs der Arbeitgebervertreter innerhalb des Internationalen Arbeitsamtes, nahm dieses den Auftrag an.

Dieser Schritt erregte in der europäischen Unternehmervelt lebhaftes Aufsehen, das umso größer ist, als die beabsichtigte Lohnangleichung an die amerikanischen Löhne, eine wesentliche Lohnaufbesserung für die europäischen Fordarbeiter bedeutet. Die amerikanische Presse stimmt einmütig dem Plane Fords zu, indem sie auf die Vorteile hinweist, die hohe Löhne für die Steigerung der Nachfrage nach Erzeugnissen bieten. Man nimmt an, daß Automobilfabriken und auch andere Unternehmungen diesem Beispiele folgen werden, so daß der allgemeine Stand der Reallöhne in Europa eine Besserung erfahren würde. Diese Möglichkeit wird in den amerikanischen Wirtschaftskreisen mit Genugtuung aufgenommen, weil dadurch der europäische Markt aufnahmefähiger wird. Einer der Hauptgründe, die zugunsten der hohen Einfuhrzölle in den Vereinigten Staaten angeführt werden, ist, daß sie eine Schutzmaßregel gegen die Einführung der von schlechtbezahlten Arbeitskräften erzeugten Waren bilden. Eine Lohnsteigerung in Europa könnte daher zu einer Zollherabsetzung und damit zur Steigerung des Handelsverkehrs zwischen Europa und den Vereinigten Staaten führen, was wiederum eine Produktionssteigerung in Europa auslösen würde.

Diese Erwartungen erscheinen bei der kurzfristigen Einstellung der europäischen und insbesondere der deutschen Arbeitgeber reichlich optimistisch und verfrüht. Trotzdem darf man aber die Ergebnisse der Erhebung des Internationalen Arbeitsamtes und die Erfolge der beabsichtigten Amerikanisierung der Löhne der europäischen Fordarbeiter mit Spannung erwarten.

Dr. Wilhelm Wolff.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund im Jahre 1929

Die Wirtschaftslage im Berichtsjahre, die sich in einer allgemein starken Beschäftigungslosigkeit ausdrückte, war der Entwicklung der Gewerkschaften nicht günstig. In solchen Zeiten schwerer Depression leidet die Werbekraft der Gewerkschaften, während andererseits bei der zur Regel gewordenen monatelangen Arbeitslosigkeit für die davon betroffenen Mitglieder die Gefahr besteht, die Verbindung mit ihrer Gewerkschaft zu verlieren. Zu der schwierigen Wirtschaftslage gesellte sich dann noch das gewerkschaftsschädliche Treiben der kommunistischen Partei, die glaubte, diese schwere Zeit mit Zuhilfenahme der „Klassenbewußten“ Unorganisierten mit Erfolg zu einem Sturmangriff auf die Gewerkschaften ausnutzen zu können. Aber trotz der großen Arbeitslosigkeit und der verstärkten Aktion der gewerkschaftsfeindlichen Elemente war es den im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund zusammengeschlossenen Verbänden nicht nur möglich, ihren Mitgliederbestand aufrechtzuerhalten, sondern sie konnten ihn noch weiter steigern. Freilich ist der Mitgliederzuwachs nur bescheiden und nicht vergleichbar mit dem sehr erfreulichen Aufstieg des ADGB im Vorjahre. Die Ergebnisse der Mitgliederbewegung im Jahre 1929 können also keineswegs befriedigen.

Die Zahl der dem ADGB. angeschlossenen Verbände betrug 35, sie hat sich gegen das Vorjahr nicht verändert. Die Verbände zählten zusammen 13 802 Zweigvereine (außer der Filmgewerkschaft, die nicht berichtet).

Die gesamte Mitgliederzahl bezifferte sich Ende 1929 auf 4 948 267 gegen 4 866 898 im Vorjahr; es ist demnach ein Zuwachs von 81 369 Mitgliedern erfolgt. Die Mitgliederbewegung bei den einzelnen Verbänden war jedoch nicht einheitlich. Ein Teil von ihnen, die mit besonders schwierigen Verhältnissen zu rechnen hatten, erlitten Mitgliederverluste, während andere eine Mitgliederzunahme verzeichnen können. Die nachstehende Tabelle veranschaulicht die Mitgliederbewegung bei den einzelnen Verbänden

| Verbände | Es hatten Mitglieder | | | |
|---|-------------------------|------------------|------------------|----------------|
| | am Ende des Jahres 1929 | insgesamt 1928 | insgesamt 1929 | dav. weibl. |
| Baugewerksbund | 489 885 | 458 048 | 478 550 | 471 |
| Bekleidungsarbeiter | 76 778 | 79 797 | 78 597 | 37 776 |
| Berbauintdustrie- arbeiter | 198 024 | 198 358 | 197 513 | 271 |
| Buchbinder | 58 574 | 57 166 | 57 922 | 39 379 |
| Buchdrucker | 88 573 | 83 908 | 86 681 | — |
| Dachdecker | 11 446 | 11 097 | 11 350 | — |
| Eisenbahner | 250 683 | 243 611 | 248 552 | 1 566 |
| Fabrikarbeiter | 469 532 | 477 335 | 474 459 | 95 167 |
| Feuerwehrmänner | 7 482 | 7 424 | 7 559 | — |
| Filmgewerkschaft | — ¹⁾ | — ¹⁾ | — | — |
| Freiungehilfen | 4 452 | 4 242 | 4 313 | 558 |
| Gärtner | 11 379 | 10 657 | 10 997 | 1 537 |
| Gem.-u. Staatsarbeiter | 281 837 | 257 933 | 270 008 | 41 718 |
| Graph. Hilfsarbeiter | 41 007 | 41 111 | 41 186 | 26 240 |
| Holzarbeiter | 315 155 | 313 544 | 315 621 | 21 170 |
| Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellte | 31 492 | 29 618 | 30 823 | 8 169 |
| Hutarbeiter | 16 932 | 18 165 | 17 617 | 11 078 |
| Kupferschmiede | 7 268 | 7 185 | 7 280 | — |
| Landarbeiter | 179 626 | 178 098 | 167 444 | 15 696 |
| Lederarbeiter | 35 756 | 37 540 | 36 622 | 7 665 |
| Lithographen | 24 828 | 24 152 | 24 656 | 34 |
| Maler | 60 377 | 56 813 | 59 171 | 236 |
| Maschinisten | 52 816 | 51 777 | 51 348 | 26 |
| Melker | 12 487 | 12 105 | 12 272 | 156 |
| Metallarbeiter | 965 443 | 944 310 | 953 891 | 70 584 |
| Musiker | 22 327 | 23 509 | 22 793 | 543 |
| Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter ²⁾ | 179 067 | 168 575 | 173 874 | 35 243 |
| Sattler, Tapezierer und Portefeuller | 31 411 | 31 406 | 31 448 | 5 443 |
| Schornsteinfeger | 3 073 | 2 952 | 3 026 | — |
| Schuhmacher | 72 201 | 77 233 | 74 293 | 32 981 |
| Steinarbeiter | 67 982 | 68 970 | 70 357 | 485 |
| Tabakarbeiter | 74 241 | 78 282 | 76 181 | 59 124 |
| Textilarbeiter | 297 061 | 310 941 | 303 269 | 174 776 |
| Verteuerbund | 399 533 | 390 360 | 391 561 | 31 800 |
| Zimmerer | 109 539 | 110 676 | 111 994 | — |
| Zusammen | 4 948 267 | 4 866 898 | 4 906 228 | 722 892 |
| 1928 | — | — | 4 653 586 | 712 430 |

¹⁾ Verband hat nicht berichtet. ²⁾ Berichtigte Zahl.

innerhalb des Berichtsjahres und ihren Mitgliederbestand im Durchschnitt des Jahres.

12 Verbände hatten zusammen einen Verlust von 40 537, die übrigen einen Gewinn von 121 906 Mitgliedern. Einen Zuwachs von über 5 Proz. erzielten Gemeinde- und Staatsarbeiter (9,3), Baugewerksbund (7), Gärtner (6,8), Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten (6,3), Maler (6,3), Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter (6,2) und Buchdrucker (5,6). Die Verlustziffern waren dagegen viel geringer. Sie machten bei den Hutarbeitern 6,8 Proz., bei den Schuhmachern 6,5 Proz. und bei den Tabakarbeitern 5,2 Proz. aus. Die übrigen Verlustziffern bewegten sich unter dem Satz von 5 Proz.

Erheblich günstiger als bei einem Vergleich der Jahresendzahlen stellt sich die Mitgliederentwicklung bei einer Betrachtung der Jahresdurchschnittszahlen dar. Hier weisen gegen das Vorjahr nur 6 Verbände zusammen den geringen Verlust von 997 Mitgliedern auf, während der Gesamtgewinn an Mitgliedern 252 642 beträgt. Die Zahl der männlichen Mitglieder erhöhte sich um 191 721 gleich 5,1 Proz. und die der weiblichen um 10 462 gleich 1,5 Proz. Die Zahl der jugendlichen Mitglieder, die in der Statistik für 1929 mit 218 405 — gegen 167 946 im Vorjahr — ausgewiesen wird, bildet keine sichere Grundlage zur Beurteilung der tatsächlichen Entwicklung ihrer Zahl, da nicht alle Verbände, die jugendliche Mitglieder haben, diese gesondert zählen. Im Berichtsjahr ist der Verband der Fabrikarbeiter bei diesem Nachweis mit 22 226 jugendlichen Mitgliedern neu hinzugekommen.

Auch die Einnahmen und Ausgaben der Verbände haben sich im allgemeinen im Berichtsjahr günstiger gestaltet als bei der schwierigen Wirtschaftslage vorausgesetzt werden konnte. Es vereinnahmten die Verbände insgesamt 251 385 248 Mk. gegen 221 696 195 Mk. im Vorjahr. Im einzelnen setzen sich die Einnahmen aus folgenden Posten zusammen:

| | 1929 in Mark | 1928 in Mark |
|--------------------|-----------------|-----------------|
| Eintrittsgelder | 562 352 | 711 812 |
| Verbandsbeiträge | 191 640 830 | 173 282 990 |
| Örtliche Beiträge | 39 580 970 | 30 347 382 |
| Extrabeiträge | 1 147 406 | 1 240 580 |
| Zinsen | 6 069 902 | 4 370 241 |
| Sonstige Einnahmen | 12 383 783 | 11 743 190 |

Don der insgesamt erzielten Mehreinnahme von 29 689 053 Mk. kommen auf Verbandsbeiträge allein 18 357 840 Mk. Sie ist jedoch weniger einer allgemeinen Erhöhung der Beiträge als vielmehr dem Umstande zuzuschreiben, daß sich der im Jahre 1928 erfolgte Anstieg der Mitgliederzahlen erst im Berichtsjahr in der Beitragsleistung voll auswirkte. Auf jedes Mitglied kamen 1928 37,24 Mk. und 1929 39,06 Mk. an Verbandseinnahmen. Die Steigerung je Mitglied ist demnach nicht erheblich. Ein gut Teil davon entfällt auf die höhere Beitragsleistung durch Einführung der Invalidenunterstützung. Auch die Einnahme an Lokalbeiträgen weist einen höheren Betrag als im Vorjahre aus, der im wesentlichen auf die Steigerung der Mitgliederzahl zurückgeführt werden kann.

Die Gesamtausgabe betrug 202 944 077 Mk. gegen 189 363 911 Mark im Vorjahr. Es wurden verausgabt für:

| | 1929 in Mark | 1928 in Mark |
|----------------------------|-----------------|-----------------|
| Unterstützungen | 86 793 180 | 62 540 817 |
| Arbeitskämpfe | 13 304 760 | 32 224 377 |
| Presse und Bildungsweisen | 13 254 726 | 11 865 347 |
| Agitation und Organisation | 21 446 281 | 18 667 658 |
| Sonstiges | 9 372 657 | 11 873 705 |
| Verwaltung | 58 772 473 | 52 192 007 |

Die Ausgabe für Unterstützungen stieg um 24,5 Millionen Mark, sie allein machte 42,8 Proz. der gesamten Ausgaben aus. Die Kosten für die Arbeitskämpfe gingen dagegen um 18,9 Millionen Mark zurück. In diesen beiden gegenfälligen Erscheinungen kommt der Krisencharakter des Jahres 1929 am deutlichsten zum Ausdruck. Die Ausgabenposten für Presse und Bildungszwecke, Agitation und Organisation und Verwaltung sind zwar auch gestiegen, doch nur in einem Umfang, der ungefähr dem der Erweiterung des Aufgabenkreises der Verbände und der Steigerung ihrer Mitgliederzahl entspricht. Der Ausgabenposten „Sonstiges“ verringerte sich etwas. — Von den Unterstützungsausgaben kamen im einzelnen auf:

| | 1929 in Mark | 1928 in Mark |
|------------------------------------|-----------------|-----------------|
| Arbeitslosenunterstützung . . . | 45 231 487 | 28 059 354 |
| Krankenunterstützung | 27 274 707 | 24 102 272 |
| Invalidenunterstützung | 4 278 923 | 2 900 016 |
| Sterbefallunterstützung | 4 309 938 | 3 343 630 |
| Sonstige Unterstützungen | 4 743 464 | 3 318 392 |
| Rechtschuß an Mitglieder | 954 661 | 817 153 |

Bei allen Unterstützungsarten ist die Ausgabe gestiegen, am stärksten bei der Arbeitslosenunterstützung, die 1929 allein reichlich die Hälfte der Gesamtausgabe für Unterstützungen ausmachte. Unter dem Posten „Sonstige Unterstützung“ befinden sich die Ausgaben für Reise-, Umzugs- und Notfallunterstützung. Die Erhöhung der Ausgabe für Invalidenunterstützung beruht im wesentlichen auf der vermehrten Einführung dieser Unterstützungsart bei den Verbänden.

Was ist Recht?

Eigentlich waren wir zusammengekommen, um den regnerischen Sonntag gemütlich in den eigenen vier Wänden zu verleben, Karl, Otto, Friß und ich. Daß wir durch eine Zwischenbemerkung die Skatkarten beiseitelegten und uns die Köpfe heiß debattierten, lag an der scheinbaren Harmlosigkeit der Bemerkung. Als wir nämlich dieser Harmlosigkeit auf den Leib rückten, standen wir plötzlich vor Problemen und Argumenten, die sich nicht einfach beiseiteschieben ließen. Ich empfand so etwas wie Schadenfreude; denn ich hatte eigentlich in voller Absicht die Leimrute ausgelegt, damit meine Freunde „aufhuppen“ sollten, und sie taten mir den Gefallen. Vielleicht sind sie für die Zukunft nun etwas vorsichtiger und kritischer, alle Dinge haben eben zwei Seiten, und gewöhnlich ist die Seite, die man nicht sieht oder kaum beachtet, die rätselhafteste und problematischste. —

„Ich habe recht“, meinte Karl. (Diese Behauptung war die Leimrute.) „Recht, was ist Recht?“ Recht ist, was geschrieben steht! Recht hat, wer die Macht hat! Recht ist, wenn die kalten Buchstaben der Gesetze mit sozialem Verständnis ausgelegt werden! Es waren also gleich drei verschiedene Auslegungen für diesen einen Begriff. „Recht“, sage ich, „ist manchmal etwas, sehr oft aber nichts. Man kann mit Hilfe der Paragraphen nicht jeden Vorgang erfassen, das Leben ist viel mannigfaltiger und entwickelt sich oft recht kompliziert. Trotzdem nur nach dem Buchstaben des Gesetzes zu richten, würde mit Recht nicht immer harmonieren. Aber durch Personen, die Richter, die Paragraphen auslegen zu lassen, wäre auch eine Gefahr, nicht nur für Kläger oder Angeklagte, sondern auch für den Richter. Wenn wir schon Gesetze für notwendig halten, dann erwartet man schließlich auch, daß sie gelten. Und Macht als Recht? Nun, Gesetze werden durch Macht geschaffen, ob sie deswegen immer Recht darstellen, lehrt uns schon Vergangenheit und Gegenwart, über die Zukunft wollen wir nicht streiten. Macht haben setzt immer voraus, daß ein Teil einen anderen beherrscht, diese Tatsache allein trägt schon den Keim der Meinungsverschiedenheiten in sich.“ „Donnerwetter“, könnte es von allen Seiten, „du schneidest da Fragen an, die die ganze Sache in neuem Licht erscheinen lassen; das ist ja eine ganz verfluchte Sache mit diesem Recht, man weiß ja bald nicht mehr, welche Stellung man dann einnehmen soll.“ „Nun“, sage ich, „wir können ja mal ein Beispiel aus dem Arbeitsrecht nehmen, vielleicht werden wir uns einig. Gehen wir doch Punkt für Punkt eine Sache durch. Bedingung ist nur, daß ihr euch streng nach dem Tatbestand richtet, nicht, wie es hätte sein müssen oder wie es für die Zukunft gemacht werden sollte. Denn damit werden wir der Gegenwart, die nach gegenwärtig geltendem Recht entschieden werden muß, nicht gerecht.“

„Gut, fang an, wir versprechen das alles.“

„Also Tatbestand: Unsere Stadt hat Maurer- und Pflasterungsarbeiten zu vergeben mit der Bedingung, daß die Bauausführenden nur hiesige Kräfte beschäftigen dürfen.“ „Sehr richtig“, pläzt Karl dazwischen, „Maurer und Steinseher wohnen zu 90 Prozent auf den umliegenden Dörfern, haben ihren Acker und ihr Vieh, nehmen uns aber die Arbeit weg. Wir gehen stempeln und tragen obendrein noch die ganzen Wohlfahrtslasten.“ „Schön“, sage ich, „dein Standpunkt ist also der, daß die Stadtverwaltung endlich eine vernünftige Tat vollbringt und du würdest auch diese Bedingung nach jeder Seite hin vertreten und für richtig anerkennen?“ „Ohne Zweifel, darüber gäbe es gar keinen Streit.“ „Nun, wir werden ja sehen. Versee dich also nun als Richter ans Arbeitsgericht beim folgenden Fall: Ein Steinseher klagt

gegen seinen Arbeitgeber, weil er entlassen worden ist auf Grund der angeführten Bedingung. 20 Jahre lang ist er in dem Betriebe schon beschäftigt und verlangt nun nach § 84 des Betriebsrätegesetzes eine Entschädigung.“ „Die hat er auch zu beanspruchen und muß er erhalten! In den 20 Jahren hat er durch seiner Hände Arbeit dem Unternehmer reichlich soviel verdient.“ „Langsam, langsam, du hast doch eben die Bedingung der Stadt verteidigt, darin liegt doch auch die Anerkennung, daß der Unternehmer berechtigt ist, die Entlassung auszusprechen. Wie willst du nun den Anspruch auf die Entschädigung begründen, wenn du dem Unternehmer das Recht zur Entlassung zubilligst? Du mußt doch erkennen, ob eine Seite recht hat; dann muß die andre unrecht haben. Oder wenn beide recht haben, kannst du nicht den einen verurteilen.“

Karl war auf dem Glatteis und machte große Augen. „Warte mal, das muß ich mir erst mal überlegen; das scheint doch nicht so einfach zu sein, mit solcher Möglichkeit habe ich nicht gerechnet.“ „O bitte — überlege nur.“ „Ja, mußte denn die Stadt solche Bedingungen stellen?“ „Dazu ist die Stadt berechtigt, und wer die Bedingungen annimmt, hat sie zu halten.“ Karl dachte nach, er schwihte ordentlich. Friß meinte: „Könnte der Arbeiter denn nicht an anderer Stelle in einem anderen Orte beschäftigt werden?“ „Ob diese Möglichkeit besteht, haben wir ja nicht zu entscheiden, außerdem ist auch nicht nur dieser eine Steinseher vorhanden.“ „Humm“, Friß dachte nach. „Dann kann er eben die Arbeit nicht annehmen zu dieser Bedingung, wenn er seine langjährigen Arbeiter nicht entlassen will“, meinte Otto. „O, der Unternehmer wird dir beweisen, daß er seinen Betrieb schließen muß, wenn er gerade diese städtische Arbeit nicht erhält.“ „Humm“, machte auch Otto und dachte ebenfalls nach. „Uebrigens“, sage ich, „mit dieser letzten Frage streifen wir eine neue Frage, die noch viel umstrittener ist und mit Rechtsempfinden nicht immer etwas zu tun hat. Du kannst ein Menschenalter hindurch dem Unternehmer ein Vermögen verdient haben, ohne dabei selbst einen Sparpfennig zurücklegen zu können. Wenn der Unternehmer seinen Betrieb stilllegt, gehst du einfach nach Hause.“ Endlich schien Karl den Stein der Weisen gefunden zu haben. „Da muß es doch schon Urteile geben oder im Gesetzbuch irgend etwas dazu zu finden sein, nach dem man sich richten könnte?“ „Nein, Urteile sind zu dieser Frage noch nicht gefällt und wie es mit dem geschriebenen Gesetz steht, darüber sprachen wir bereits zu Beginn. Nebenbei gesagt, ist für solche Fälle auch nichts darin zu finden.“ „Na, dann weiß ich auch nicht, wie man es hier richtig macht.“ „Seht ihr“, sage ich, welche Schwierigkeiten sich hinter der Materie verbergen. So geht es mit vielen Dingen, wenn wir sie mit dem Gefühl betrachten anstatt mit der kritischen Vernunft. Nehmt die Politik, gewerkschaftliche Fragen, Wirtschaftsgeschehen oder irgendeine andere Sache, überall tauchen Probleme auf, die nicht einfach gelöst werden können wie der gordische Knoten, den man einfach durchhieb. Wenn alles so einfach wäre, hätten wir vielleicht schon den sozialistischen Staat. Es liegt nicht nur daran, daß ein erheblicher Teil der Arbeiterschaft seine Kräfte noch nicht für dessen Erringung einsetzt, sondern auch an der Schwierigkeit der Probleme. Sozialismus und § 84 des Betriebsrätegesetzes verhalten sich zueinander in ihren Problemen wie ein Dulkan zum Herdfeuer. Wenn uns dieses Herdfeuer schon Schwierigkeiten macht, dann kann der Dulkan unmöglich eine einfache Sache sein. So kann uns auch der Fall der Steinseher veranlassen, mit kühlem Verstand die Welt zu betrachten und zu versuchen, durch einen Vergleich und Ausgleich Dinge beizulegen, die bei Entscheidung durch einen Machtkampf nicht zum unbedingten Recht führen. P. Mewes.

Der Lebenshaltungsindex steigt weiter

In die allgemeine Diskussion über den Preis- und Lebenshaltungsbau bringt der Index für die Lebenshaltungskosten eine schrille Dissonanz. Er ist nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts im Juli auf 149,3 gegen 147,6 im Juni gestiegen. Im Mai betrug der Index 147,0. Somit ist seit zwei Monaten eine ununterbrochene Steigerung zu beobachten. Hauptächlich ist die Verteuerung der Lebenshaltung auf die Erhöhung der Lebensmittelpreise zurückzuführen. Die Zoll- und Subventionswirtschaft für die Landwirtschaft machen sich also bereits deutlich bemerkbar. Eigentümlich ist an der ganzen Frage, daß die Regierung und die breite Öffentlichkeit noch immer hofft, Preisensenkungsaktionen durchzuführen und im gleichen Atemzug von Lohnsenkungen gesprochen wird. Wenn innerhalb zwei Monaten die Lebenshaltungskosten sich um 2,3 Punkte oder um 1,5 Proz. verteuern, dann gehört schon ein robustes Gewissen dazu, im gleichen Augenblick Lohnherabsetzungen zu fordern.

Luftfahrt

Luftfahrt als Gesinnungsproblem



um mehr als 25 Jahre sind seit der ersten Verwirklichung des Motorfluges vergangen und, wie immer in der Weltgeschichte, haben sich auch hier Außen-seiter und „Phantasten“ allen Gutachten der „Sachverständigen“ und Professoren zum Trotz durchgesetzt. Aus dem Gespött der öffentlichen Meinung, das man den Brüdern Wright entgegenbrachte, wurde sehr bald Bewunderung, und als Blériot im Jahre 1909 mit einem 30-PS-Flugzeug zum ersten Male den Kanal überquerte, da löste diese Tat eine ähnliche Begeisterung aus wie vor wenigen Jahren die erste Überquerung des Ozeans durch Lindbergh.

Heute schwankt immer noch das Urteil der Laienwelt über die Luftfahrt zwischen spöttischer Skepsis der einen und himmelhochjauchender Hoffnungsfreudigkeit der andern Seite, ein Zeichen, daß das junge Luftfahrzeug noch nicht mit der gleichen Selbstverständlichkeit hingenommen wird, wie etwa Eisenbahn oder Automobil. Und doch sollte allen Zweiflern und Rückwärtsgewandten gerade ein Rückblick auf die ersten Jahre der Eisenbahn und des Autos zu denken geben. Was hat man nicht alles ins Feld geführt, um die Unmöglichkeit der Eisenbahn als Verkehrsmittel sowohl in technischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht zu beweisen. Auch die Periode, da man etwa die Meinung bekämpfen mußte, der Kraftwagen sei viel zu teuer und unzuverlässig und zudem für den Straßenverkehr zu gefährlich, um je als Verkehrsmittel ernsthaft in Frage zu kommen, gehört endgültig der Vergangenheit an.

Das trifft in gewissem Sinn auch heute schon auf die Luftfahrt zu. Wenn wir aber auf der einen Seite die Vorurteile der Zweifler an der Luftfahrt zurückweisen, so ist es doch andererseits notwendig, vor den Illusionen derer zu warnen, die aus der Bewunderung des technischen Fortschritts eine Art Götzendienst machen. Nichts wäre gefährlicher, als sich einzubilden, daß die Überbrückung von Raum und Zeit an sich schon eine Überbrückung menschlicher Gegensätze und Abgrenzungen zur Folge hätte. Trotz aller technischen Ertrungenschaften, wie Eisenbahn, Dampfschiff, Telegraph, Rundfunk usw. ist die Welt nicht friedlicher geworden; im Gegenteil, die moderne Technik und nicht zuletzt die modernen Verkehrsmittel in Verbindung mit der Waffen- und Giftgasindustrie haben die Schrecknisse der Massenschlächtereien in nie gesehener Ausmaße erst ermöglicht.

Und doch ist in den Jahren 1914 bis 1918 die gefährlichste aller Waffen — das Luftfahrzeug in Verbindung mit der Chemie — erst im Anfangsstadium dieser Entwicklung in Erscheinung getreten. Inzwischen hat die Zerstörungstechnik der chemischen Fabriken ebenso zugelert, wie sich die technischen Eigenschaften, Reichweite, Tragfähigkeit und Zuverlässigkeit der Flugzeuge von Jahr zu Jahr verbessert haben. Wir haben gelernt, 1 Kilogramm schwere Bomben zu erzeugen, die nach Wunsch entweder als tödliche Gasergzeuger oder als durch Wasser unlösliche Phosphorbrandstifter auf die Häupter der friedlichen Großstadtbevölkerung niederprasseln können, zu schweigen von den gesteigerten Sprengwirkungen durch Brisanzbomben leichter und schwerster Kaliber.

Wir haben Flugzeuge mit einer Reichweite von mehreren tausend Kilometern und einer Tragkraft, die ausreicht, um mehrere tausend Stück der erwähnten Todbringer mitzuschleppen, wir lernen von Jahr zu Jahr besser, „blind“, d. h. ohne jede Erdsicht nur nach Instrumenten fliegen, um auch in Nebel und Wolken uns unsern Flugzielen zu nähern.

Der nächste Krieg würde also, im Gegensatz zum Weltkrieg, einigermaßen geschützte Hauptstädte und Industrieorte des Hinterlandes nicht mehr kennen. Alle erdenklichen Schrecknisse des noch in aller Erinnerung befindlichen Fronterlebens würden Frauen

und Kindern frei ins Haus geliefert. Kurz, die Kriegstechnik, die in vergangenen Zeiten unter gewissen Voraussetzungen noch als ein mögliches Mittel der Austragung von Gegenjagen erscheinen konnte, führt sich in unseren Tagen selbst ad absurdum; und zwar in erster Linie durch die Dervollkommnung der Luftfahrzeuge.

Es gibt wesentliche Dinge, die nicht oft genug wiederholt werden können. Darum seien im folgenden die Worte zitiert, die wir bereits vor Jahren warnend und mahnend an die breiten Massen der Werktätigen gerichtet haben:

„Wo ist hier noch ein Ausweg. — Das Flugzeug, dazu bestimmt, solidarisch wirtschaftende und brüderlich empfindende Völker einander näher zu bringen, den Warenaustausch zu fördern, die fernsten Erdteile in wenigen Tagen erreichbar zu machen und damit die Menschheit in vieler Hinsicht zu bereichern, es ist heute die entsetzlichste Vernichtungsdrohung über unseren Köpfen. Jedes moderne Verkehrsflugzeug ist in wenigen Stunden

in einen bewaffneten Bomben- und Giftgassträger verwandelt. Wer das Gegenteil behauptet, der weiß entweder nichts von der Luftfahrt oder er sagt bewußt die Unwahrheit. „Abrüstung“ hat darum keine Realität und keine Überzeugungskraft mehr, wenn sie nicht begleitet ist von einem radikalen Gesinnungswandel, von einer Abkehr von Rache- und Kriegsgedanken



Heute als Giftkreuz-Flugzeug gegen Insekten und morgen — — ?

überhaupt. — Darin aber sollte die besondere deutsche Mission liegen: der übrigen Welt voranzugehen durch radikalste Bekämpfung aller Kriegsspielerei in Haus und Schule, in Versammlung und Parlament. Der schärfste Trennungsstrich ist zu ziehen zwischen dem vom Kriegstaumel besessenen Deutschland von gestern und der deutschen Republik der Arbeit von morgen. Noch radikalere Rüstungsbeschränkung Hand in Hand mit moralischer Abrüstung — darauf muß unsere Aktion gerichtet sein.

„Der Krieg ist ein Verbrechen“, sprachen unsere Staatsmänner in Genf. Kein Wort ist wahrer als dieses, aber wenn es wahr ist, dann ist jeder Hezartikel, jede leichtfertige Kriegsrede, wie sie in Deutschland und anderswo täglich bukenweise gehalten werden, eine strafwürdige Anstiftung zum Verbrechen.

„Berlin — das Luftkreuz Europas!“ — so wurde es unlängst genannt. Das kann bedeuten: der wichtigste Kreuzungspunkt eines kommenden friedlichen Weltluftverkehrs, den wir alle wollen und der große Opfer wert ist, oder — das Todeskreuz über dem Millionengrab der europäischen Zivilisation.“

Wenn wir von diesem Gesichtspunkt aus die Kunst des Fliegens betrachten und auch weitere Fortschritte in dieser Beziehung wünschen, so dürfen wir nie vergessen, daß es damit allein nicht getan ist, sondern daß Fliegen auch einen entscheidenden Wandel der Gesinnung bedingt!

W. Binder.

Der Berliner Zentralflughafen Tempelhof, eine muster-gültig eingerichtete Anlage, demonstriert am besten die fortschreitende Entwicklung des Verkehrswesens. Die Zahl der ankommenden und startenden Fluggäste im Juni hat sich gegenüber Januar mit 479 Personen nahezu verzehnfacht; die Gesamtzahl der bisher während des ersten Halbjahres 1930 im planmäßigen Luftverkehr beförderten Personen belief sich auf 11 766, denen weitere 9866 Fluggäste im außerplanmäßigen Streckendienst sowie im örtlichen Flugbetrieb zuzurechnen sind. Die Menge der auf dem Luftwege beförderten Fracht betrug 350 000 Kilogramm, dazu kommen weitere 142 000 Kilogramm Postsendungen. Im planmäßigen Luftdienst war die Zahl der startenden und landenden Flugzeuge 4201; die Gesamtzahl wird jedoch wesentlich erhöht durch die im Fracht- und Zeitungsdienst sowie im außerplanmäßigen Luftverkehr einschließlich des örtlichen Flugbetriebes und der Rundflüge erfolgten Starts und Landungen, die sich auf 9752 beliefen.

Eine Fahrt mit dem „Sturmvogel“

Eines Abends schreibt das Telephon: hier „Sturmvogel“, Flugverband der Werktätigen. Wollen Sie morgen nach Leipzig und Gera mitfliegen? „Mit Vergnügen!“ Also auf Wiedersehen um 9.30 Uhr am Flughafen! Man ist zwar erst einmal in der „Kiste“ über Berlin rundgeflogen, aber das eine Mal hat genügt, um die Sehnsucht, dieses irdische Jammertal stundenlang nur aus der Vogelperspektive zu betrachten, zur hellen Flamme anzufachen. — Trübe und naß dümmert der andere Tag herauf. Man packt seine sieben Sachen, hängt sich in Anbetracht der naßkalten Witterung eine warme Decke über den Arm, nimmt Abschied von der Familie und fährt erwartungsvoll mit der Untergrund bis zur Station „Flughafen“. Gott sei Dank, da kommt auch schon die Straßenbahn 73, die einen gerade vor den Toren zum Allerheiligsten absetzt. Stolz prangt die Aufschrift „Sturmvogel“ auf einer langgestreckten Baracke. Drinnen im gut geheizten Bureau schaukelt an der Decke ein richtiges Flugzeugmodell — sonst sieht es auch hier wie in jedem anderen Bureau aus. „Start wegen Nebel verschoben“ ist das erste, was man nach der Begrüßung vernimmt. Also warten! Man begibt sich in die Flugzeughalle des „Sturmvogel“, die am anderen Ende des Flugplatzes liegt. Draußen vor der Halle steht die D 359, mit der geflogen werden soll. Zum Schutz gegen den nieselnden Regen hat man ihr wie einem Droschkengaul ein Zeltblatt über den Pilotensitz gehängt. Von den weit ausgespannten Flügeln tropft der Regen und sammelt sich in kleinen Pfützen um den großen Vogel an. Hell leuchten die Farben schwarzrotgold vom Seitensteuer. Auch die anderen Flugzeuge, die in der Halle stehen, ein halbes Duzend an der Zahl, tragen die Farben schwarzrotgold am Rumpf oder Steuer. Monteure hantieren an dem Motor herum, schrauben, klopfen und untersuchen. Zwischen den Spanten eines Segelflugzeuges spielt eine Kasse. In der Halle nebenan steht, wie das Skelett eines Riesenvogels aussehend, Gustav Lilienthals Schwingenflieger. Stunde auf Stunde verrinnt, es wird Mittag, vom Start rollen die großen Maschinen der „Luftkassa“ und der „Derussa“ ab und verschwinden in allen Himmelsrichtungen. Grau und trüb hängt der Himmel über dem weiten Flugplatz und grau und trüb sind die Wettermeldungen: „Bodennebel, nur 100 Meter Sicht.“ Der Start wird für heute abgesagt und zum Trost erhält man die Abschiedsworte auf den Weg, daß das Fliegen an und für sich sehr rasch vor sich geht und nur die Zeit bis zum Fliegen etwas lang werden kann.

Ein klarer, sonniger Novembertag. Der Start ist auf 11 Uhr festgesetzt, aber es wird 3 Uhr nachmittags, bis die Monteure endlich die Finger vom Motor lassen. D 359 rollt aus der Halle zum Startplatz. Im Nu hat man es sich in den Ledersesseln der Kabine bequem gemacht, schon springt der Motor an — noch rasch Abschied gewinkt, da schwebt man schon über dem Flugplatz. Die Welt bekommt Weite, bekommt Farbe, rundet sich in seltsamer Harmonie rings an den Horizont, der in seiner Verschommenheit unendliche Fernen ahnen läßt. In wunderlichem Gegensatz zu der Unendlichkeit der Welt da draußen steht der intime Kabinenraum. „Bei Start und Landung anschnallen“, steht da gegenüber geschrieben. Man hat es unterlassen, und ist deshalb auch nicht zu Schaden gekommen. Im Ledersessel nebenan hat sich der Geschäftsführer des „Sturmvogel“, Raßkopff, seinem Prinzip getreu, in ein Buch vertieft, aus dem er während der ganzen Dauer des Fluges kein einziges Mal aufsieht. Durch die beiden Fensterchen geradeaus sind die Köpfe des Piloten und des neben ihm sitzenden Monteurs sichtbar. Wie zwei junge Adler vom Horst äugen sie auf die Welt da unten. An Hand der Karte verfolgen sie den Weg nach Südwesten. Das eintönige Surren des Pro-

pellers gibt das Gefühl wohlthuender Beruhigung. Durch das dreiteilige Kabinenfenster blinkt der Silberflügel mit dem D 359 an seinem Ende. Dann sieht man noch ein Stückchen vom Seitensteuer und tief unten ein Stückchen Deutschland: dunkelgrüne Kiefernwälder, dazwischen Buchen und Birken im leuchtend gelben und roten Herbstkleid. Stille Seen, in denen sich die Wolken spiegeln. In immer neuen reizvollen Zusammenstellungen braune und grüne Felderstreifen. Wasserläufe in blühblanker Helligkeit. Chauffeen, auf denen winzige Autos krabbeln, Miniaturbahnen, deren Lokomotiven mit der weißen Rauchfahne immer weiter zurückbleiben. Verträumte Dörfer und mächtige Industrieanlagen, in deren Umgebung die Erde eine schwärzliche Färbung bekommen hat und ein zerrissenes und zerfurchtes Gesicht zeigt.



Blick aus dem Flugzeug

Kann man von der geographischen und geologischen Struktur eines Landes einen anschaulicheren Begriff bekommen als von der Höhe des Flugzeuges herab? Wie ein weiter, reich geschmückter Mantel liegt die Erde da unten, kein Fältchen bleibt verborgen, und der grandiose weite Horizont umschließt das Bild mit dem Rahmen der Unendlichkeit. — Da das Häusermeer einer Stadt mit Türmen und Schornsteinen! Wir sind über Leipzig, aus dem der neue 158 m hohe Riefenschornstein der Elektrizitätswerke heraussticht. D 359 nähert sich in großen Schleifen dem Flugplatz Leipzig-Mokau. Aus dem schräg liegenden Flugzeug taucht der Blick noch einmal in die lustig bunte Welt da draußen, die sich terrassenartig aufbaut. Dann gleitet der große Vogel mit abgestelltem Motor gerade auf die Buchstaben „Leipzig“ los, die aus grauem Steingebiet herausleuchten. Gleich darauf hat man wieder festen Boden unter den Füßen und wird von den tüchtigen Sturmvogelkameraden der Leipziger Ortsgruppe lebhaft begrüßt. Ein leichter Motorschaden (Kerzen verölt oder so was ähnliches) ist rasch behoben, leicht und glatt geht der Start vor sich, in 20 Minuten hofft man, die 73 Kilometer lange Strecke nach Gera zu bewältigen. Schon tauchen die mächtigen Schornsteinriesen der Leunawerke bei Merseburg zu rechter Hand auf. Am Horizont ballen sich graublau Abendwolken und überziehen langsam den ganzen Himmel, nur im Westen ein Loch für die untergehende Sonne offen lassend. Müßten wir nicht schon über Gera sein? Da erscheinen wieder die Leunawerke, aber diesmal zur Linken. Plötzlich eine große Stadt mit langen funkelnden Straßenzügen, mit Lichtreklame aller Art — sollte das Gera sein? Fürtchtig blickt Raßkopff von seinem Buch auf — gewiß, Gera ist eine große Stadt. Steil senkt sich D 359 mit grünblauen Flammenbüscheln über dem Auspuff, wenige Meter an einem Schornstein vorbei, auf den dunklen, unbeleuchteten Flugplatz herunter. Dieselben Hallen und Anlagen. Sind denn die Flughäfen in Sachsen und Thüringen alle gleich? Da reißt auch schon Pilot Schlenker die Kabinentür auf. Er ist nach Leipzig zurückgeflogen, denn eine Landung auf dem unbekanntem Flugplatz in Gera schien ihm bei der Dunkelheit zu riskant.

Aber was nun? In Gera ist für 8 Uhr eine Derjammung angelegt, bei der Raßkopff sprechen soll. Die Eisenbahn schafft es nicht mehr. Also ein Auto her! Die hilfsbereiten Leipziger Sturmvogelkameraden finden einen Chauffeur, der für 55 „Eier“ die nächtliche Fahrt unternimmt. Durch das hell erleuchtete Leipzig, auf einsamen Landstraßen durch verschlafene Dörfer und Städte geht die Fahrt. Eine Viertelstunde vor acht Uhr kommt man in Gera an. Die Geraer, die mit der Ankunft des Flugzeuges für Mittag gerechnet und die halbe Stadt zusammengetrommelt hatten, sind verschlüsselt über das späte Eintreffen, noch dazu ohne Flugzeug. Lange Erklärungen sind nötig, bis man sie über die „Plette“ beruhigt hat.

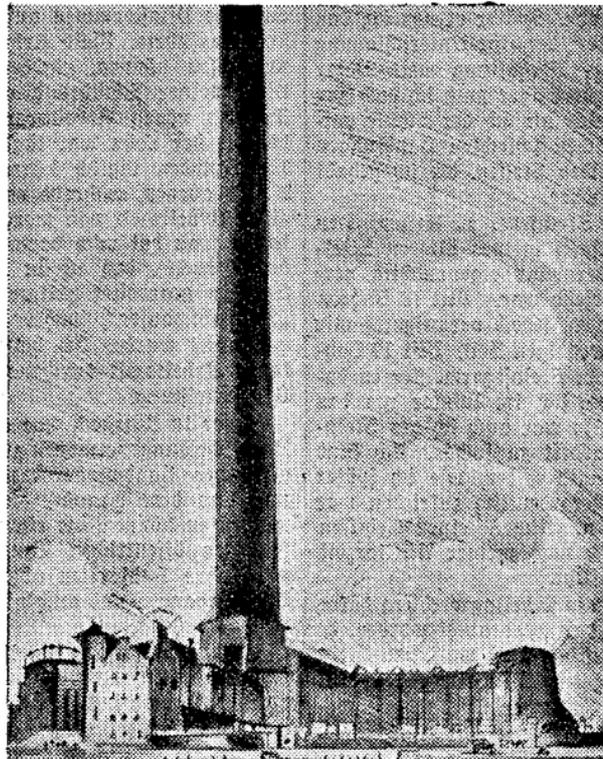
Am anderen Morgen hängt dichter Nebel über Stadt und Berge. Gegen Mittag bessert sich die Sicht. Endlich kommt aus Leipzig die telephonische Mitteilung vom Start der Sturmvoagemaschine. Angestrengt hält alles nach dem Flugzeug Ausschau. Da erscheint es in der Ferne, zieht eine große Schleife über Köstritz und will wieder im Nebel verschwinden, aber schon hat der Flughafenpolizist fünf Raketen abgeschossen. Nach einer großen Schleife über Gera landet der silbergraue Vogel. Mehrere Rundflüge für die Mitglieder der Geraer Sturmvoegel-Ortsgruppe verjöhnen mit dem Pech des gestrigen Tages. Dann geht es hoch durch die Luft nach Leipzig zum Flugtag des Sächsischen Aero-Expreß zurück. Der schöne, klare Nachmittag hatte viele tausend Schaulustige zum Flugplatz gelockt. Udet in seinem „Flemingo“ zeigt seine viel bewunderten eleganten Luftkunststücke, Fräulein Dröbeljahr führt das amüsante Ballonhüpfen vor, aus 2000 Meter Höhe läßt sich Frau Dr. Schröder mit dem Fallschirm herunter, um 6 Kilometer vom Flugplatz entfernt zu landen. Inzwischen absolviert D 359 zahlreiche Rundflüge über Leipzig. Ohne Mißklang schließt dieser schöne Flugsonntag mit einem gemüthlichen Beisammensein aller Sturmvoegekameraden. Am anderen Nachmittag geht es nach Berlin zurück. Freundlicherweise hatte man in der Kabine die „Heizung“ angestellt, aber statt der erwarteten Wärme blies die kalte Novemberluft wie durch einen Ventilator in den Innenraum. Ueber Finsterwalde wird eine Runde gezogen und eine Karte an die dort wohnende Mutter des Monteurs Jentsch abgeworfen. Ueber der weiten Landschaft baut sich ein farbenprächtiger Sonnenuntergang zusammen. Vom Berliner Funkturm lockt das Blinklicht. Raufschend senkt sich der Vogel über steile Häuserwände, die wie die Seiten eines Buches erscheinen und verschwinden. Dann geht es über einen endlos scheinenden Friedhof und plötzlich ist man inmitten des gespenstigen Ringes der rotleuchtenden Neonfeuer des Berliner Flughafens. Welt, wo ist deine Schönheit! ist man versucht auszurufen, wenn die Augen sich nach der überwältigenden Höhenperspektive nunmehr wieder an den engen Alltagsauschnitt gewöhnen müssen.

H. Krommer.

Panzerluftschiff in Sicht. Der amerikanische Kongreß hat dem Kriegsministerium vorgeschlagen, ein Panzerluftschiff zu bauen, das kürzer und dicker als unsere Zeppeline sein soll, mit einem Gasinhalt von 444 000 Kubikfuß. Als Panzerung ist ein leichtes Metall vorgesehen. Zum Antrieb dienen 8 Motore von einer Gesamtleistung von etwa 4800 PS, die das Schiff auf eine Geschwindigkeit von etwa 160 km in der Stunde bringen sollen. Als Bewaffnung ist für das Luftschiff eine 3,7 cm Schnellfeuerkanone und 10 Maschinengewehre vorgesehen. Außerdem können große Mengen von Spreng- und Giftgasbomben mitgeführt werden. Die Herstellungskosten betragen ungefähr 4,5 Millionen Dollar. — Weiter hat die amerikanische Heeresbehörde Bauaufträge für insgesamt 123 Flugzeuge im Wert von fast 3 Millionen Dollar vergeben. Gebaut werden sollen 50 Kampfflugzeuge und 73 Bombenflugzeuge.

D2000 - das größte Landflugzeug der Welt!

Die Junkers G 38, die nach der Zulassung mit der Bezeichnung D 2000 versehen wurde, ist nicht nur deshalb interessant, weil sie gegenwärtig das größte Landflugzeug der Welt ist, wichtiger ist, daß es den bisher größten Schritt auf dem Wege zu dem Ziel darstellt, das Hugo Junkers schon vorsehete, als er 1910 sein Patent über den dicken Flügel einreichte: auf dem Wege zum „Nur-Flügel-Flugzeug“. Das Flugzeug der Zukunft soll dem Grundgedanken aller Technik entsprechend wirklich nur aus dem bestehen, was den Flug ausführt, aus Flügeln mit dem darin liegenden Antrieb und den Steuerflächen, deren Befestigung am Rumpfe heute noch ein Mittelstück einführt, das ganz überflüssig gemacht werden soll. — Dieser technische Grundgedanke, verbunden mit dem Streben nach einer größeren Flugsicherheit, ist in der D 2000, die man auch während der Weltkraftkonferenz in Berlin bewundern konnte, zu einem guten Teil erreicht worden. Der Rumpf verschwindet in den dicken Flügeln, und bei dem nächsten großen Junkers-Modell wird er vermutlich ganz überwunden sein. Die Motoren fliegen in den Flügeln; die Propeller sind mit Hilfe einer Zwischenwelle vor die Flügelkante herausgezogen. Der ungeheure Fortschritt dieser Anordnung ist, daß die Motoren während des Fluges begangen werden können. Die Instrumente zur Beobachtung der Arbeit, Betriebsstoffzufuhr usw. sind auf einer Haupttafel hinter dem Piloten vereinigt. Die Größe des Flugzeuges

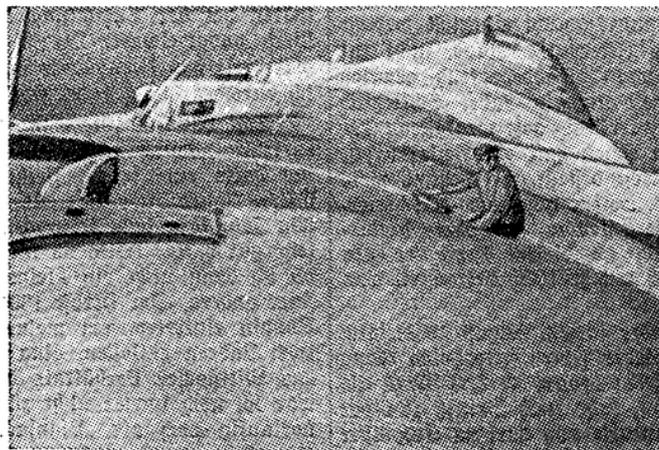


Die Leipziger Elektrizitätswerke haben Deutschlands höchsten Schornstein (158 m)

(im Innern der Flügel können die Monteure aufrecht gehen) erlaubt, außer zwei Piloten und Bordfunkern drei bis vier Monteure mitzunehmen, ohne die Nutzlast zu beeinträchtigen.

Die technischen Daten des Flugzeuges, das vor allem der Beförderung hochwertiger Fracht über weite Strecken dienen soll, sind folgende: Spannweite 45 Meter, Länge 25 Meter, Fluggewicht 20 bis 24 Tonnen, Triebwerk 4 Junkers-Motoren mit 2400 SP.

Die Maschine kann außer 700 Kilogramm für Besatzung und Ausrüstung bei 1000 Kilometer Reichweite 7,8 Tonnen befördern; bei 3500 Kilometer Reichweite (das wäre die Entfernung Berlin bis Persischer Golf) 3 Tonnen. — Wir sehen also auch hieraus, daß sich die Entwicklung der Flugzeugindustrie in ungeahntem Maße vorwärts bewegt, und es läßt sich nicht absehen, was uns die Zukunft noch für Möglichkeiten zur Beherrschung der Luft bieten wird.



Blick auf Flügeloberseite des Großlandflugzeuges G 38. Der vordere Mann sitzt an einer Einfüllöffnung für Brennstoffbehälter

nach 4 Flugzeugfirmen: Junkers, Dornier, BFW und Heinkel vom Reich subventioniert werden; als Gesamtsumme wurden 6 Millionen Mark jährlich genannt. Nach verschiedenen Protesten hat das Reichsverkehrsministerium in seinem Etatvoranschlag den Betrag auf 12,5 Millionen Mark erhöht. Damit scheinen auch die Rationalisierungspläne erledigt zu sein. Allerdings sind auch ohne die Durchführung dieser Maßnahmen zwei deutsche Flugzeugfirmen vom Schauplatz des Geschäftens abgetreten, nämlich Rohrbach und Raab-Kahenstein.

Rationalisierungsmaßnahmen in der Luftfahrtindustrie riefen in der letzten Zeit große Beunruhigungen hervor. Nach denselben sollen in Zukunft nur

Selbstbiographie von Alexander Knoll

IV.

Hier trug sich etwas zu, was wiederum kennzeichnend war für die moralische Atmosphäre meines Elternhauses. Eines Tages überraschte mich mein Vater aufs höchste dadurch, daß er mir einen guten (wenn auch nicht ganz neuen) Anzug, eine silberne Taschenuhr und sonst noch einige Kleinigkeiten, die einen jungen Mann zu erfreuen vermögen, als Geschenk ins Geschäft brachte. Es war mein erster guter Anzug, den ich im Leben erhalten hatte und natürlich auch meine erste Taschenuhr. Später erfuhr ich, daß die Mittel dazu ein Schlafbusche gegeben, der eine Unterschlagung begangen hatte und an dessen späterer Verhaftung mein Vater nicht ganz unschuldig gewesen ist. Trotzdem aber muß ich doch zur Ehre des alten Herrn sagen, daß er mich, als ich der Schule entwachsen war, nie direkt zu irgendwelchen schlechten Handlungen angehalten hat, wozu doch auf den beiden Stellen, die ich gehabt hatte, immerhin Gelegenheit gewesen wäre.

Mit 16 Jahren entschloß ich mich, Steinsezer zu lernen. Den Anstoß dazu erhielt ich durch das Beispiel meines älteren Stiefbruders, der mit 14 Jahren das Elternhaus eigenmächtig verlassen hatte und schon einige Jahre Geselle war. Mit 18 Jahren wollte ich die Fortbildungsschule besuchen, jedoch verweigerte mir mein Lehrmeister die Freigabe der notwendigen Zeit. Mit 19 Jahren hatte ich ausgelernt. Da die Herren Steinsezermeister es damals noch nicht für notwendig hielten, sich im Winter um das Schicksal ihrer Lehrlinge zu kümmern, so war auch ich als Steinsezerlehrling gezwungen, mir Winterarbeit zu suchen. Ich fand solche wiederholt bei einem Feinmechaniker, der, wie ich später erfahren habe, mit meiner Arbeit außerordentlich zufrieden war und dem ich, nach seinen eigenen Worten, zeitweise einen Gehilfen ersetzt habe. Der Mann hat mich auch nach meiner Militärzeit nochmals einen Winter hindurch beschäftigt.

Also ich hatte ausgelernt. Was ich als Lehrling verdient hatte, war für den notwendigen Lebensunterhalt verbraucht worden, da meine Eltern schon jeden Sonnabend auf das Geld warteten. Mein alter Herr hatte inzwischen die Drehorgel an die Seite gestellt und einen Hausierhandel mit Apfelsinen angefangen.

Im letzten Lehrjahre war es möglich gewesen, mir einen neuen Anzug auf Abzahlung zu beschaffen, der mein Gesellenanzug sein sollte. Es war der erste wirklich neue Anzug in meinem Leben. Aber auch dieser Anzug mußte für den Handel meines Vaters als „Betriebskapital“ dienen, d. h. er wurde jeweils Montags früh aufs Verlagsamt getragen und Sonnabends abends eingelöst. Das ging eine Reihe von Wochen ganz gut — bis zum Tage, da ich ausgelernt hatte. Mein Herr Lehrmeister nämlich hatte es für gut befunden, mir trotz meiner Bitte um Stundung den ganzen Wochenlohn bis auf 50 Pfg. abzuziehen — für Ausschreibegebühren. Dabei hatte er, der mit Lobsprüchen sehr karg war, mich einmal als „seinen Besten“ bezeichnet. Die Folge war, daß an diesem Sonnabend mein Gesellenanzug nicht eingelöst werden konnte, und ich vor der drohenden Alternative stand, nicht zur Freisprechung gehen zu können, was gleichbedeutend gewesen wäre mit Verlängerung der Lehrzeit um ein Jahr. Schließlich gelang es jedoch, soviel Geld aufzutreiben, daß wenigstens der Rock eingelöst werden konnte. Mit Hosen half ein Schlafbusche aus; nur mit Stiefeln war es schlecht bestellt. So bestand mein Gesellenanzug aus blauem Tuchrock, weißer Hose und — Schmierstiefeln: — Verschiedene meiner bessergestellten — oder kreditwürdigeren Mitkollegen haben mich an diesem Tage, der als höchster Ehrenstag galt, recht höhnisch und spöttisch betrachtet, was ich bitter empfunden habe.

Also ich war nun Geselle geworden (am 2. August 1883). Am folgenden Tage mußte der Rock wieder seinen gewohnten Gang aufs Verlagsamt gehen. Von dem Erlös bekam ich 2,50 Mark ab. Damit setzte ich mich auf die Bahn, fuhr nach Zernitz (an der Berlin—Hamburger Eisenbahn), wanderte von dort zu Fuß über Wittstock nach Freyenstein, wo ich beim Steinsezermeister Reetz aus Pritzwalk in Arbeit trat. Ich hatte mich auf eine Anzeige hin darum beworben. Hier wollte ich mir in möglichst kurzer Zeit das nötige Geld verdienen und dann wieder nach Berlin zurückkehren und mich zünftig losprechen lassen. Es kam anders. Aus dem Sparen wollte nicht recht was werden. Erstlich mal war der Lohn, gemessen an Berliner Verhältnissen, recht gering und entsprach bei weitem nicht den Erwartungen, die ich gehegt hatte. Von Berliner Gesellen hatte ich stets nur gehört, daß sie bei auswärtiger Arbeit bedeutend mehr verdient hätten als in Berlin — ich traf es umgekehrt. Dann stellte sich mit dem ersten Ausflug

in die Freiheit auch ein gewisses Maß von jugendlichem Leichtsinne ein, der sich nun erst ausleben wollte. Allzufrei konnte er ohnehin die Flügel nicht regen. Und endlich beanspruchten auch meine Eltern in Berlin regelmäßig ihren Obulus. Anderthalb Jahre habe ich bei Steinsezermeister Reetz gearbeitet. Er hatte mir im Winter sogar Dorfschuß nach Berlin geschickt! Dann trat ich bei dem Steinsezermeister Jungbluth in Meppenburg in Arbeit, der zu der Zeit (1885/86) die Straßen der Stadt Wittstock umpflasterte und auch die Pflasterungen auf dem damals erbauten Bahnhof Wittstock ausführte. Mein Arbeitsverhältnis bei Reetz hatte ich jedoch nur lösen können, nachdem mir Jungbluth einen Dorfschuß in Höhe meiner Schulden gewährte. Er hat es unbedenklich getan. In dem neuen Arbeitsverhältnis hatte ich mich erheblich verbessert; der Lohn war täglich 50 Pfg. höher, die Arbeitszeit um 1½ Stunden täglich kürzer, nämlich von 6 Uhr morgens bis 7 Uhr abends, während es bei Reetz nur 3 Mark Tagelohn bei einer Arbeitszeit von morgens 5 Uhr bis abends 8 Uhr gegeben hatte. Das hat mich damals schon oft bitter gewurmt, wenn ich daran dachte, daß ich in Berlin als Lehrling täglich nur zehn Stunden gearbeitet hatte. Dazu gab es in Berlin die bekannten „Fünfzehnminutenpausen“, während bei Reetz ohne solche Pausen durchgearbeitet wurde. Ich habe damals schon feststellen können, daß lange Arbeitszeit durchaus nicht gleichbedeutend ist mit höherer Arbeitsleistung.

Hier in Wittstock war es, wo sich sozusagen mein literarisches Unterscheidungsvermögen zu entwickeln begann. Ich war hier Mitglied des Handwerkervereins geworden; ursprünglich eigentlich nur aus dem Grunde, die Tanzveranstaltungen desselben mitmachen zu können, die ein etwas höheres Niveau besaßen als die sonstigen öffentlichen Tanzvergnügungen, bei denen es zumeist nicht ohne Raufereien abging. Solchen bin ich immer aus dem Wege gegangen und auch nie in meinem Leben in solche verwickelt worden.

Im Steinsezergewerbe ist der Winter die stille Zeit. In der Kleinstadt noch mehr als in der Großstadt. Zudem hätte es damals auch mein junger Gesellenstolz nicht gelitten, mich um irgendwelche Gelegenheitsarbeit zu bemühen. Nur beim Steinschlag und Steinroben bin ich in den beiden Wintern etliche Wochen lang tätig gewesen. Meine freie Zeit benutzte ich, um mich mit den Schätzen der Bibliothek des Wittstocker Handwerkervereins vertraut zu machen. Zwar waren diese Schätze naturgemäß bescheiden; für mich aber bildeten sie damals eine reiche Fundgrube. Eine Leserratte war ich schon immer gewesen. Hatte ich vorher jedoch wahllos alles gelesen, was mir unter die Hände kam, so fing ich nun schon an zu wählen. Meine liebste Lektüre waren geographische Abhandlungen und solche aus der älteren deutschen Geschichte; daneben auch Geologie und plattdeutsche Literatur. Mein damaliges Eindringen in die plattdeutsche Sprache und Literatur hat mir später bei der Sammlung des Materials für das vorliegende Werk ausgezeichnete Dienste geleistet. Ohne diese Vorkenntnisse wäre mir das Verständnis der vielen niederdeutschen Quellen, die ich durchgearbeitet habe, sehr viel schwerer geworden.

Fast hätte Wittstock für mich eine Schicksalswende bedeutet; es fehlte nämlich nicht viel, dann wäre ich dort kleben geblieben. Ich hatte eine junge, fleißige Witwe kennengelernt, die zwar etliche Jahre älter war als ich, aber mir sonst ganz gut gefiel. Ein Jahr lang habe ich auch bei ihren Eltern gewohnt, wo ich es sehr gut hatte. Hätte ich nicht Soldat werden müssen, wer weiß, ob ich dann nicht ein kleiner Landkramer geworden wäre. Es kam anders. Im Herbst 1886 mußte ich bei den 24ern in Neuruppin eintreten, um meiner Militärpflicht zu genügen. Nach zwei Jahren entlassen, ging ich nach Berlin, nachdem inzwischen das Wittstocker Verhältnis in die Brüche gegangen war. Zwar war ich noch immer nicht zünftig losgesprochen. Ich mußte also vorläufig noch als „Blausack“ arbeiten. Aber wenn man erst einmal draußen gewesen war, dann war das nicht mehr ganz so schlimm. Ich trat bei meinem Lehrmeister Kuhlbrodt nunmehr als Geselle in Arbeit. Im Mai 1889 ließ ich mich auch zünftig losprechen. (Vergleiche Band II, Seite 224.)

Gerade zu der Zeit hatte der damalige Berliner Obermeister, mein Lehrmeister, in Berlin die erste Steinsezerfachschule ins Leben gerufen. Er, der mir als Lehrling meine Bitte, mir die Zeit zum Besuch der Fachschule freizugeben, abgeschlagen hatte, bewog mich nunmehr als Geselle zum Besuch der Innungsfachschule. Ich darf sagen, daß ich manche gute Anregung dort empfangen habe.

Johannes Döring tritt in den Ruhestand

Am 1. Juli 1930 ist der stellvertretende Vorsitzende des Gesamt-Verbandes, Kollege Johannes Döring, in den Ruhestand getreten. Seinem Alter nach wäre er schon im vorigen Jahre berechtigt gewesen, sich pensionieren zu lassen. In Rücksicht auf den damals bevorstehenden Zusammenschluß hat er davon Abstand genommen, um bei den Verhandlungen und während der ersten Zeit nach der Verschmelzung mit seinem reichen Wissen auf gewerkschaftlichem Gebiete der großen Sache zu dienen. Nachdem das imposante Werk geschaffen und keine Gefahr besteht, daß es in seinen Grundfesten erschüttert werden kann, möchte er die Lebensjahre, die ihm noch vergönnt sind, dazu benutzen, sich von den Strapazen seiner langen Tätigkeit im Dienste der Arbeiterbewegung auszuruhen.

Sofort nach Beendigung seiner Militärdienstzeit am 2. Oktober 1887 — noch während des Sozialistengesetzes — schloß sich der Kollege Döring seiner gewerkschaftlichen Organisation an. Es war das die Zeit, wo jeder Arbeiter, der freiheitlichen Bestrebungen huldigte, von den Unternehmern und Behörden verfehmt war. Die Mitglieder seiner Organisation erkannten sehr bald, daß in dem jungen Hafenarbeiter große Tat- und Willenskraft steckte. Ohne Rücksicht auf die persönlichen und wirtschaftlichen Folgen versuchte er schon damals, das Proletariat los menschenwürdiger gestalten zu helfen. Es war daher auch selbstverständlich, daß unser Freund bei dem bedeutungsvollen Streik der Hafenarbeiter im Jahre 1896/97 mit in den vordersten Reihen der Kämpfenden stand. Am 1. Juli 1898 wurde er vom Hafenarbeiterverband angestellt, und 9 Monate später, am 1. März 1899, übertrug man ihm das Amt des 1. Vorsitzenden. Diesen Posten bekleidete er bis zu dem im Jahre 1910 erfolgten Zusammenschluß der Verbände der Transportarbeiter, Hafenarbeiter und Seeleute. An der Vereinigung der drei Transportarbeiterorganisationen hat Döring intensiv mitgewirkt. Der erste Verbandstag der ge-

einen Organisationen wählte ihn zum 2. Vorsitzenden. Dieses Amt hat er mit besonderer Klugheit und Umsicht bis zum Zusammenschluß des Verkehrsbundes, der Verbände der Gemeindearbeiter, der Feuerwehrmänner und der Gärtnerarbeiter ausgeübt.

Auf allen Gebieten der Arbeiterbewegung hat der Kollege Döring in dem Bestreben, der Allgemeinheit zu nützen, seinen Bestehen an. Ferner ist er Mitglied des Reichswasserstraßenbeirats. Seit Gründung der Internationalen Transportarbeiter-Föderation ist er Mitglied deren Exekutive. Besondere Verdienste hat sich Döring um den Wiederaufbau der ICF nach dem Kriege erworben. Nebenbei sei noch bemerkt, daß er auch mehrere Jahre Mitglied des Gemeinderats seines jetzigen Wohnortes gewesen ist. Wer so, wie der Kollege Döring, ein Menschenalter und länger unter Hintansetzung seiner eigenen Interessen im Dienste der Arbeiterbewegung tätig war, der hat den Beweis erbracht, daß es ihm ernst mit der Erfüllung seiner Aufgaben gewesen ist.

Durch seine ausgezeichneten Charaktereigenschaften und seinen köstlichen Humor hat er sich die Achtung und das Vertrauen bei seinen Klassengenossen erworben. Der Kollege Döring kann wohl von sich behaupten, daß er überhaupt keine Feinde hat. Alle, die mit ihm in nähere Berührung gekommen sind, bedauern seinen Abgang, obwohl man ihm die Ruhe nach der Arbeit, Mühen und Kämpfen, die sein bisheriges Leben ausgefüllt haben, gönnt.

Wir wünschen, daß dem Kollegen Döring noch recht viele Jahre der Ruhe in körperlicher und geistiger Frische beschieden sein mögen. Gleichzeitig danken wir ihm im Namen der Gesamtmittgliedschaft für das, was er für die Organisation geleistet hat. Sein Name wird in der Geschichte der Organisation festgehalten werden, damit sich auch unsere Nachfolger an seinem Wirken ein Muster nehmen können.

D.

Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in Rumänien

Das Fehlen einer entwickelten Gewerkschaftsbewegung im ehemaligen Königreich Rumänien (nach dem Kriege kamen auf Grund des Versailler Vertrages österreichisch-ungarische Gebiete und Bessarabien hinzu) ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß es in diesem Lande früher wenig Industrie gab. Die Gesamtbevölkerung Rumäniens umfaßte im Jahre 1920 17 400 000 Personen. Woytinski rechnet (Die Welt in Zahlen) für das Jahr 1920 mit 3 bis 3½ Millionen Lohnarbeitern, davon in der Landwirtschaft 2 Millionen, im Gewerbe 900 000, im Handel und Verkehr 200 000, in öffentlichen Diensten und in den freien Berufen 70 000 und Hausgehilfen 100 000. Die rumänische Fabrikstatistik rechnet für das gleiche Jahr mit 140 000 Fabrikarbeitern, davon nur 56 000 im Gebiete des ehemaligen Königreiches Rumänien. —

Man ersieht aus diesen Zahlen, wie wenig entwickelt das industrielle Leben Rumäniens in der Vorkriegszeit war. Die ersten Anfänge gewerkschaftlicher Organisation fallen in das Jahr 1905. Die anfänglich örtlich unabhängigen Gewerkschaften traten im Jahre 1906 zu einem Landeskongress zusammen und bildeten eine Generalkommission, die dann später die einzelnen Organisationen in Berufsverbände gruppierte. Die Zahl der gewerkschaftlich Organisierten schwankte in den Jahren 1905 bis 1916 zwischen 6200 und 50 300. Im August 1918 gab es nur noch 1200 Organisierte. Nach Abschluß des Waffenstillstandes ging die Mitgliederzahl wieder rasch in die Höhe und erreichte Ende 1918 52 456 Mitglieder. Im Jahre 1919 nahm die Mitgliedschaft um nicht weniger als 75 Prozent zu. Die Gewerkschaftsbewegung zählte am Ende dieses Jahres 56 490 Mitglieder. Infolge der zahlreichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten nach dem Kriege und der damit zusammenhängenden Unzufriedenheit setzte nunmehr ein ungesundes Wachstum ein, so daß in den ersten zehn Monaten des Jahres 1920 ungefähr eine Verdreifachung des Mitgliederbestandes zu verzeichnen war (167 473).

Die innere Widerstandskraft der Bewegung hielt jedoch mit diesen schnellen Erfolgen nicht Schritt. Der Generalstreik vom Oktober 1920 wurde von der Reaktion mit allen Mitteln niedergeworfen: der unglückliche Verlauf dieses Streikes brachte die Mitgliederzahl der Bewegung auf 55 895 zurück. Jetzt, als alles darauf ankam, so einheitlich wie möglich vorzugehen, begannen die Kommunisten mit ihren Zersetzungsmanövern, so daß von

einer inneren Solidarität der Gewerkschaften keine Rede mehr sein konnte. Bis Ende 1921 sank die Mitgliedschaft auf 34 570.

Da die Bewegung durch den bezirksweisen Aufbau sehr zersplittert war, versuchte man, sie mehr zu konzentrieren und im nationalen Rahmen zusammenzufassen. Es wurde ein vorläufiger Zentralrat der Gewerkschaften ins Leben gerufen und die Abhaltung eines Landeskongresses in Ploesti beschlossen. Diese Tagung sollte die Haltung der Gewerkschaften gegenüber den drei politischen Richtungen festlegen. Der Kongress beschloß zwar die völlige politische Unabhängigkeit und Neutralität der Gewerkschaften, die Kommunisten haben diesen Beschluß jedoch niemals eingehalten. Der Kongress blieb denn auch für die Gewerkschaftsbewegung ohne wesentliche Erfolge. Er konnte weder die Autonomie und politische Unabhängigkeit der Gewerkschaften sicherstellen, noch die organisatorische Einigung und Zusammenfassung verwirklichen.

Der Klausenburger Landeskongress im Jahre 1925 brachte in die Lage der Gewerkschaftsbewegung eine entschiedene Aenderung. Dieser Kongress beschloß den Anschluß an den Internationalen Gewerkschaftsbund, was zur Folge hatte, daß sich die Kommunisten abspalteten. Insgesamt waren auf der Tagung 52 116 Arbeiter vertreten. Eine Anzahl Delegierte, die 23 695 Organisierte vertraten, zog sich von dem Kongress zurück, hielt eine Sonderkonferenz ab und gründete die sogenannte „einheitliche“ (kommunistische) Gewerkschaftsbewegung. Ende 1925 erreichte die freie Gewerkschaftsbewegung eine Mitgliederzahl von 53 353 und behauptete diese Zahl trotz der heftigsten Angriffe der Kommunisten bis zum Jahre 1926. In der nachfolgenden Periode bis 1928 trat ein Mitgliederrückgang ein, der besonders in der zunehmenden Arbeitslosigkeit seinen Grund hatte (Ende 1926: 50 468, Ende 1927: 26 783).

Das Jahr 1929 brachte wieder eine günstige Wendung. Auf Grund der Kampfbündnisse zwischen der sozialdemokratischen Partei und der heuer am Ruder befindlichen nationalen Bauern-Partei wurde die liberale Regierung gestürzt. In das neue Parlament zogen diesmal auch neun sozialdemokratische Abgeordnete ein, von denen sechs Führer von Verbänden waren, die dem Internationalen Gewerkschaftsbund angehören.

Schon Anfang 1929 war eine leichte Steigerung der Mit-

gliederzahlen zu bemerken, die während des Jahres anhielt. Um die Mitte des Jahres 1929 zählte die freie Gewerkschaftsbewegung schon wieder 41 421 Mitglieder.

Was die jetzige Lage in Rumänien betrifft, so kann gesagt werden, daß die neue Regierung viel verspricht, aber wenig hält. Der Unterschied zwischen dem theoretischen sozialpolitischen Eifer und der praktischen Durchführung ist in Rumänien besonders groß, ganz gleich, ob es sich um die Durchführung des „ratifizierten“ Achtstundentages oder um die Tätigkeit der Arbeitsinspektorate usw. handelt. Was die rumänischen Arbeiterblätter im vergangenen Jahr gelegentlich der ersten „Taten“ der neuen Regierung sagten, gilt auch heute noch: „In der Theorie marschiert Rumänien an der Spitze der Zivilisation, in der Praxis bleibt es rückständig wie der ganze Balkan.“

Gegenseitiges Verstehen ist nötig!

„Politik verdirbt den Charakter“, so sagt man. Das hat seinen Hauptgrund wohl darin, daß viele nicht imstande sind, in der Politik die Person von der Sache zu trennen. Daher die schroffen Gegensätze und Spaltungsbestrebungen innerhalb der Gewerkschaften. Achtung vor der Person des Gegners, eines politisch Andersdenkenden, ist unbedingt erforderlich. Wer die Person eines politisch Andersdenkenden in gehässiger Weise angreift, gibt damit zu erkennen, daß er dessen sachlichen Gründen nichts entgegenzusetzen kann, er kämpft also gegen Gründe mit Schimpfereien. Damit soll nicht gesagt werden, daß ein Leisetreter immer am Platze ist. Man soll aber nicht von vornherein einen Gewerkschaftler bloß deshalb schlecht machen, weil er über politische Dinge anders denkt. Es steht fest, daß geschichtlich genommen ein Unterschied zwischen Sozialismus und Kommunismus nicht besteht. Vielmehr bezeichnet Karl Marx die wirtschaftspolitische Auffassung, die er lehrte, als Kommunismus, während seine Anhänger sich später Sozialisten nannten. Die Unterschiede der sozialistischen und kommunistischen Parteien der Gegenwart liegen vorwiegend auf politisch-taktischem Gebiet. Es muß von jedem einzelnen das Bewußtsein seiner Verantwortlichkeit gegenüber der Gesamtheit gefordert werden, und dazu muß sich die Fähigkeit gesellen, sachgemäß Stellung zu nehmen zu den Fragen, die sich aus dem Gemeinschaftsleben der Menschen ergeben.

Die heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse erfordern ein unbedingt festes Zusammenarbeiten von Funktionären und Masse. Durch die Notlage, besonders durch die anhaltende Arbeitslosigkeit, ist es verständlich, wenn ein Teil der Arbeiterschaft dem demagogischen Radikalismus huldigt. Kritik ist erforderlich gegenüber den Meinungen, die andere uns vortragen, wie gegenüber unseren eigenen Ansichten. Niemand darf sich für unfehlbar halten. Jeder muß bemüht sein, dazuzulernen. Auch die Wissenschaft gibt nicht endgültige Wahrheiten, sondern es ist ein ewiges Suchen, ein ständiges Fortschreiten von einer Stufe der Erkenntnis zur nächsten. Und immer wieder muß die Frage des Pilatus gestellt werden: Was ist „Wahrheit“? Oftmals fehlen dem Arbeiter hierfür die Begriffe. Die Vertrauensleute und Funktionäre müssen sich darüber klar sein, daß ein gewisser Prozentsatz der Arbeiterschaft von den wenigsten volkswirtschaftlichen und politischen Begriffen eine genaue Vorstellung besitzt. Es gibt Leute, die sich das zunutze machen. Weil man alles mögliche darunter verstehen kann, ist auch alles mögliche daraus zu folgern. Man läßt absichtlich Unklarheiten herrschen und sucht damit die Arbeiterschaft für gewisse Ziele zu begeistern. Das ist die verwerfliche Art der Demagogen, welche mit allen Mitteln bekämpft werden muß. Wer in der Arbeiterbewegung auch Erziehungsarbeit sieht, der wird diesen erbärmlichen Weg der Demagogen meiden müssen, wenn ihm die Bewegung heilig ist. Es darf mit der Arbeiterschaft nicht Schindluder getrieben werden.

Für jeden, der zu einem anderen über gewisse Fragen der Arbeiterbewegung spricht, ist es daher unerlässlich, eine Definition zu geben. Man spricht beispielsweise über Revolution, dann soll man sich doch zunächst klar sein, daß für die Revolution wesentlich ist die Umwälzung, und wesentlich die Gewalt. Klärt man das ab, dann wird man verhindern, daß man Revolution immer im Revoluzzer-, Schlagring-, Dolk- und Stahlrutensinne versteht. Mancher Streit könnte vermieden werden, sicher aber wäre mancher vermieden und der erbitterten Auseinandersetzung das Gift genommen worden, wenn die Streitenden sich bemüht gewesen wären, daß die gegenseitige Erbitterung auf gegenseitiges Nichtverstehen zurückzuführen ist.

Es ist eine Lebensfrage der Arbeiterbewegung, daß die

Arbeiterschaft das Gefühl unbedingter Zusammengehörigkeit und damit auch der gegenseitigen Verantwortlichkeit hat. Sie kann sich nur durchsetzen, wenn die Arbeiter sich als schicksalsgebundene Kampfgenossenschaft innerhalb der Gewerkschaften fühlen, die allen Schlägen zu trocken imstande ist.

In Zeiten wirtschaftlicher Hochkonjunktur kann die Organisation Erfolge erringen, dann schnellen die Zahlen sprunghaft in die Höhe. Kommt die Krise, setzt oftmals eine Flucht ein, die Mitgliederzahlen sinken. Rechnet man diejenigen ab, die aus wirtschaftlicher Not, aus Arbeitslosigkeit die Gewerkschaften verlassen, so bleibt immer noch ein bedenklicher Bruchteil übrig, der aus eigennützigen und kleinsüchtigen Gründen die Mitgliedschaft kündigt. Dem Funktionär muß man aber verlangen, daß er sein bisher hochgehaltenes Ideal nicht ohne Not verläßt, auch wenn er auf starke Opposition bei seinen Kollegen stößt. Einmal kommt die Zeit, da die Masse über ihre Taten, nicht über ihre Seelenverfassung nachdenkt. Und dann ist sie froh, daß einige den Mut gehabt haben, fest zu bleiben und ihre bessere Ueberzeugung nicht zu verleugnen. Die Menschen sind verschieden: Das gilt gerade hinsichtlich ihrer geistigen Einstellung. Worauf es aber ankommt, ist, daß sie alle einmütig sind, in den gemeinsamen Zielen zum Wohle aller Werktätigen. Die Abneigung, die von kommunistischer Seite grundlos gegen die Führer gehegt und großgezogen wird, darf nicht zum Weichen veranlassen. Die Arbeiterschaft hat, wie jede Kampforganisation, Führer nötig. Die müssen nur — so einfach das klingt — auch etwas taugen und mit der Masse auf das engste verbunden bleiben.

P. Gröbs.

Politische und wirtschaftliche Wochenschau

Anton Erkelenz, bisheriger Reichstagsabgeordneter und früherer Führer der Hirsch-Dunder'schen Gewerkschaften, ist am 29. Juli aus der Demokratischen Partei ausgetreten und zur Sozialdemokratie übergetreten. Den gleichen Schritt vollzog das Mitglied der DDP, Pfarrer Ernst Lehmann in Mannheim. Beide gehörten schon der ehemaligen von Friedrich Naumann gegründeten Nationalsozialen Partei an.

Die Deutsche Staatspartei. Der Parteiausschuß der DStP hat am 30. Juli mit 96 gegen 4 Stimmen die Auflösung der DStP beschlossen, um sie in der Deutschen Staatspartei aufgehen zu lassen. — Die Bemühungen Erich Koch-Wesers, auch die Deutsche Volkspartei in die Deutsche Staatspartei mit einzubeziehen, sind bisher gescheitert. — Ebenso sind Bestrebungen gescheitert einer Fraktionsgemeinschaft von Koch bis Schiele. — Mahraun, der Vorsitzende des Jungdo, sagt, die Deutsche Staatspartei sei eine Synthese von Schwarzrotgold und Schwarzweißrot.

Der Reichsindex für die Lebenshaltungskosten ist im Juli gegenüber dem Vormonat um 1,7 Proz. von 147,6 auf 149,3 Proz. gestiegen.

Der Reichsarbeitsminister will den Scharfmachern öffentliche Aufträge entziehen. Der Reichsarbeitsminister hat die Beschaffungseffektivität darauf hingewiesen, daß es nicht angängig sei, öffentliche Aufträge an solche Firmen zu vergeben, die in den Beziehungen zu ihren Arbeitnehmern ein offenbar unsoziales Verhalten an den Tag legen oder durch ungerechtfertigte Entlassungen, ungerechtfertigte Ueberstunden oder Massenentlassung, die nicht in der wirtschaftlichen Lage des einzelnen Betriebes begründet sind, den Zwecken zuwiderhandeln, die die Reichsregierung mit dem Arbeitsbeschaffungsprogramm verfolgt.

Bank für Notstandsarbeiten. Am 1. August wurde die „Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten A.-G.“ gegründet. Sie steht unter Aufsicht des Reiches und hat die Aufgabe, die Finanzierung der Notstandsarbeiten zu organisieren.

Eine Reichsbahnleihe von 150 Millionen ist am 1. August mit einem Bankenkonzortium abgeschlossen worden. Die Anleihe soll zusätzlicher Arbeitsbeschaffung dienen.

Bildungsarbeit

Proletarische Erwachsenenbildung

Die Heimvolkshochschule Schloß Tinz bei Gera, die vor einiger Zeit auf ihr zehnjähriges Bestehen zurückblicken konnte, ist die erste sozialistische Weltanschauungsschule in Deutschland. Es ist daher auch kein Wunder, daß der thüringische Innen- und „Volks“-bildungsminister Frick dieser Schule sein Hauptaugenmerk zugewendet hat und sie durch Streichung von Zweidrittel des gesetzlich verbürgten Staatszuschusses als ein hervorragendes Mittel der proletarischen Erwachsenenbildung auszuschaften versucht. Die Mängel und die Unterlassungssünden der Volksschulbildung, die es dem Arbeiter fast unmöglich machen, die innersten Zusammenhänge und die Triebkräfte des gesellschaftlichen Geschehens zu erkennen, die will diese Kulturreaktion ruhig weiterbestehen lassen,

Die sollen nicht durch eine tatkräftige und tiefgründende Erwachsenenbildung ausgeglichen und beseitigt werden. Nach den Ansichten dieser Leute ist nur eine privilegierte Gesellschaftsklasse auszuwählen und berufen, über das Volk zu herrschen. Noch vor wenigen Tagen hat ja Hitler in einer Auseinandersetzung mit Otto Straßer erklärt, daß „die große Masse der Arbeiter nichts anderes als Brot und Spiele haben will; die hat kein Verständnis für irgendwelche Ideale“, sie wollen daher „eine Auswahl der neuen Herrschaft, die nicht von irgendeiner Mitleidsmoral getrieben wird, sondern die sich darüber klar ist, daß sie auf Grund ihrer besseren Rasse das Recht hat zu herrschen; und die diese Herrschaft über die breite Masse rücksichtslos aufrechterhält und sichert“. Hier offenbart sich uns die ganze Brutalität dieser angeblichen „Arbeiter“partei, ihre Herrschaft bedeutet die Schaffung eines wirtschaftlichen, geistigen und kulturellen Trümmerhaufens. Sie wollen die von der modernen Arbeiterbewegung mühsam aufgebauten Einrichtungen und Bildungsstätten vernichten, um ihrer eigenen Gewalt Herrschaft den Weg zu ebnet.

Wer nämlich das Zahlenmaterial studiert, das die Heimvolkshochschule Tinz herausgegeben hat und in dem sich das Bildungsergebnis der ersten zehn Jahre widerspiegelt, der wird begreifen, daß sich der Haß der Hitler-Clique gegen eine derartige Einrichtung richtet und daß sie dort, wo sie sich frei austoben kann, nichts unversucht lassen wird, diese proletarische Bildungsstätte zu vernichten.

In den ersten zehn Jahren ihres Wirkens sind in zwanzig Kursen mit einer Dauer von je vier bis fünf Monaten 638 Schüler und 322 Schülerinnen in Tinz gewesen, die dort die Grundelemente der modernen Arbeiterbewegung und des Sozialismus vermittelt erhielten. Ihrer Staatsangehörigkeit nach stammen von diesen jungen Arbeitern und Arbeiterinnen 93,7 Proz. aus Deutschland und 4,5 Proz. aus dem Ausland, der Rest ist staatenlos oder nicht erfaßt. Von den deutschen Schülern sind 41,2 Proz. aus Preußen, 18,3 Proz. aus Sachsen, 17 Proz. aus Thüringen und 8,4 Proz. aus den übrigen norddeutschen Staaten, 5 Proz. aus Bayern und aus den übrigen süddeutschen Staaten 3,9 Proz. Auf die Gesamtzahl der Schüler gerechnet kommen eigenartigerweise durchschnittlich mehr aus kleineren Orten und vom Lande, nämlich 54,7 Proz., die übrigen 45,3 Proz. kommen aus der Großstadt. Umgekehrt sind bei den Frauen 58,7 Proz. aus der Großstadt, bei den Männern 61,6 Proz. aus den kleineren Orten und vom Lande, was einerseits treffliche Rückschlüsse auf die Bildungsmöglichkeiten in Stadt und Land, andererseits auf die verschiedenartige gesellschaftliche Stellung der Frau zuläßt. Da das Alter der Kursteilnehmer in der Regel auf die Zeitspanne von 18 bis 30 Jahren festgesetzt ist, ist der größte Prozentsatz der Männer 20 bis 24 Jahre, der der Frauen 19 bis 22 Jahre alt. 4,5 Proz. aller Schüler und 8 Proz. aller Schülerinnen sind über 30 Jahre alt. Ein wichtiger Anhaltspunkt für die Erwachsenenbildung ist naturgemäß die Berufsstatistik. Von den Männern sind 81,5 Proz. Arbeiter und 17,8 Proz. Angestellte, davon 0,7 Beamte. Anders gruppieren sich die Frauen. Hier sind 42,5 Proz. Arbeiterinnen, 37,9 Proz. Angestellte, 10,3 Proz. Hausfrauen und Hausdöchter, 4,7 Proz. berufslos, 3,4 Proz. Hausangestellte und 1,2 Proz. Kranken- und Kinderpflegerinnen. Wichtig sind auch die Zahlen über die Organisationszugehörigkeit zu einer politischen Partei. Der Sozialdemokratischen Partei und einigen kleineren politischen Parteien (KPD. und USP.) gehören 83 Proz. Frauen und 90 Proz. Männer an. Nach ihrer gewerkschaftlichen Organisationszugehörigkeit sind 97,5 Proz. Männer und nur 83,7 Proz. Frauen in ihren zuständigen Gewerkschaften organisiert. Von den 50,1 Proz. aller Teilnehmer an den Kursen, die in den verfloßenen zehn Jahren von der Partei und den freien Gewerkschaften unterstützt wurden, hat der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit und der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund je etwas mehr als 20 Proz. der Schüler unterstützt und so die proletarische Erwachsenenbildung bewußt gefördert. Der Rest der Teilnehmer wurde von verschiedenen einzelnen Gewerkschaften unterstützt, während 49,9 Proz. unter nicht geringen persönlichen Opfern ihre Teilnahme auf eigene Kosten bestritten. Wer die verschiedenen Jahrbücher des Verkehrsbundes und des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes verfolgt hat, der wird feststellen können, daß auch unsere Organisationen lebhaften Anteil an der Bildungsarbeit durch die Heimvolkshochschule genommen haben.

Die wichtigste Frage ist — wie bei jeder ernsthaften Erwachsenenbildung —, wie können diese jungen Menschen das in Tinz erworbene Wissen praktisch in der Arbeiterbewegung verwerten? Mit dem Abgange von Tinz sind die Schüler natürlich keineswegs „fertig“, sondern sie müssen die Kenntnisse erst ver-

tiefen und erweitern. Aber an Hand der Unterlagen, die die Schule durch Fragebogen und Rundfragen gesammelt hat, konnte einwandfrei festgestellt werden, daß erstens die Tätigkeit der Schüler innerhalb der Arbeiterbewegung nachher weit größer war als vormem, zweitens, daß der größte Teil von ihnen nachher gehobener und verantwortungsvollere Funktionen inne hat. Im großen und ganzen betrachtet dürfte die Heimvolkshochschule Tinz die Schule sein, die unter den bestehenden Arbeiterschulen den größten Prozentsatz von Schülern aufweisen kann, die nach ihrer Tinz Tätigkeit verstärkt innerhalb aller Sparten der Partei- und Gewerkschaftsbewegung tätig sind. Damit dürfte nach dem Urteil namhafter Fachleute die proletarische Erwachsenenbildung, die Tinz leistet, für die gesamte deutsche Arbeiterbewegung nicht ohne Bedeutung sein.

Fritz Himself.

Unsere Jugend

Wohin wandert die deutsche Jugend?

Die deutsche Jugendherbergsbewegung verfügt zurzeit über rund 2400 Herbergen, die an den Hauptwanderzielen der Jugend gelegen sind. Die erste neuzeitliche Großstadt-Jugendherberge entstand in München und brachte es gleich im ersten Jahr auf 45 600 Uebernachtungen. Ihre Uebernachtungsziffer wurde nur noch

Die meist besuchten Jugendherbergen 1927 Uebernachtungen in Tausend:



übertroffen von der Jugendherberge Hohnstein in der Sächsischen Schweiz. Von den einzelnen Gauen hatten im Jahre 1927 die höchsten Uebernachtungsziffern: Sachsen 298 042, Rheinland 258 000, Bayern 217 000, Brandenburg 215 195, Nordmark 188 051, Mittelelbe 173 410, Sauerland 160 157, Baden 155 547.

Aus unserer Bewegung

München. Unter Berücksichtigung der starken Krisenauswirkungen, die besonders in den Privatbetrieben des Handels, Transports und Verkehrs in den letzten Monaten zu großen Entlassungen führten, wird die nicht unerhebliche Mitgliederzunahme im ersten Halbjahr als eine Folge der durch den Zusammenschluß gesteigerten Werbekraft festzustellen sein. 1305 Mitglieder wurden in diesen 6 Monaten neu aufgenommen, denen allerdings ein Abgang — teilweise bedingt durch Berufswechsel — von 677 gegenübersteht. Insgesamt umfaßt die Ortsverwaltung München am Schluß des ersten Halbjahres 15 453 Mitglieder. Von der Gesamtmitgliederszahl entfallen auf die Abteilung A Gemeindebetriebe und Derwaltungen 5036 Mitglieder, auf die Abteilung B Reichs-, Staatsbetriebe und Derwaltungen 2168 Mitglieder, auf die Abteilung C Handel, Transport, Kraft-, Luftverkehr und diverse Betriebe 6014 Mitglieder, auf die Abteilung D Straßen- und Werksbahnen (Beamte) 1087 Mitglieder, auf die Abteilung E Post und Telegraphie 980 Mitglieder, auf die Reichsfachgruppe Hausangestellte 168 Mitglieder. — Ein nicht minder günstiges Ergebnis verzeichnen die im ersten Halbjahr durchgeführten Betriebsratswahlen. Innerhalb des Organisationsbereiches der Ortsverwaltung München sind für 209 Betriebe 591 Betriebsver-

vertretungsmitglieder gewählt worden, von denen 526 dem Gesamt-Verband, 65 den verschiedenen christlichen Organisationen angehören. Neben den 526 Betriebsvertretungsmitgliedern sind ferner noch 283 Vertrauensleute in den mittleren und kleinen Betrieben, außerdem noch 304 sonstige Funktionäre, also insgesamt 1115 Kollegen, ehrenamtlich als Vertrauensleute für die Organisation tätig. — Weniger befriedigend ist das Ergebnis der seit Anfang des Jahres durchgeführten Tarifbewegungen. Von den 14 in dieser Zeit abgeschlossenen örtlichen Verträgen sind acht von uns, vier dagegen von den Arbeitgeberverbänden gekündigt worden. Inzwischen wurden weitere 4 Verträge von den Arbeitgebern gekündigt. Erfasst wurden von den abgeschlossenen Verträgen 265 Betriebe mit 1506 Beschäftigten. Eine Lohnerhöhung war leider nur in drei Fällen zu erreichen. Bei allen übrigen wurden die bisherigen Löhne auf ein Jahr verlängert. Mit günstigem Erfolg erneuert werden konnte der Reichstarifvertrag für die Luftschiffahrt, der die bisherigen Löhne um durchschnittlich 5 Pfg. pro Stunde erhöht, sowie der Tarif für die Arbeiter bei den Reichsverwaltungen, der mit Wirkung vom 29. Mai neu abgeschlossen wurde. Wesentliche Verbesserungen in diesem Vertrag sind u. a.: 1. Bezahlung von 50 Arbeitsstunden bei 48stündiger Arbeitszeit, 2. Gewährung von Zuschlägen bei Sonn- und Feiertagsarbeit, 3. Gewährung von Kinderzulagen für Kinder mit körperlichen Gebrechen ohne Rücksicht auf das Lebensalter, 4. Verbesserung der Auswärtszulagen, 5. Verbesserung des Urlaubs und Krankenlohnes. — Auch bei dem am 1. Januar 1930 neu abgeschlossenen Tarifverträgen für die bayerischen Staatsgärten und bayerischen Gärtnereibetriebe war es möglich, einige Verbesserungen zu erreichen, so u. a. Neueingliederung einzelner Orte in höhere Ortsklassen, Erhöhung der Zuschläge für Mehrarbeit, Erhöhung der Zuschläge für Arbeiten auf hohen Bäumen, Bezahlung einer Vergütung für Stallwachen, Verbesserung der Urlaubsbestimmungen und Erhöhung des Urlaubs. — Verhandlungen schweben zurzeit noch über den Bezirks-Manteltarifvertrag für die Gemeindearbeiter Bayerns sowie über das Münchener Zusatzabkommen zu diesem Vertrag. Nicht gekündigt wurde dagegen mit Zustimmung der Landestarifkommission, die sich in ihrer Mehrheit aus Kollegen im Arbeitsverhältnis zusammensetzt, der Lohnvertrag für die bayerischen Gemeindearbeiter. — Die für die gesamte Mitgliedschaft vorhandenen tariflichen Lohn- und Arbeitsbedingungen gliedern sich in 44 örtliche, 6 Reichs- und 4 Bezirksverträge und sind heute mit geringen Ausnahmen für alle Mitglieder der Ortsverwaltung die Lohn- und Arbeitsbedingungen tariflich geregelt. — Umfangreich und eine der typischen Auswirkungen der Wirtschaftskrise war die arbeitsrechtliche Tätigkeit der Verwaltung und hier im besonderen die Verhandlungen zwischen den Arbeitsgerichten und sonstigen Behörden. Insgesamt wurde bei 199 durchgeführten Streitfällen erreicht, daß 84 bereits entlassene Kollegen wieder eingestellt wurden und ferner 4194,85 M. an Entschädigung bezahlt werden mußten. Erheblich größer an Erfolgen und auch an Zahl der in Frage kommenden Fälle sind dagegen diejenigen Verhandlungen, die mit dem einzelnen Betrieben direkt geführt wurden. — Von besonderem Interesse sind in der Rechnungslegung des ersten Halbjahres die Einnahmen in Höhe von 353 186,56 Mk. Von den Ausgaben sind erwähnenswert: Die Barabführungen an die Hauptkasse mit 160 811,39 Mk., an Kranken-, Arbeitslofen- und sonstigen Unterstellungen mit 62 826,56 Mk., die Ausgaben für Miete und Beleuchtung 5711 Mk., die Beiträge an den Ortsauschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes einschließlich der Beiträge für den Volkshausbau 15 936,11 Mk. Der Gesamtabluß ergibt einen Kassenbestand von 161 816,16 Mk.

RUNDSCHAU

Zum 11. August. Wir blicken vorwärts. Neuland ist unser Ziel. Und im Hinblick auf das Kommende feiern wir das, was wir uns aus dem Alten heraus erzwungen haben. Unfrei, machtlos und rechtlos lebten wir im Obrigkeitsstaate. Im Wahlrecht standen hundert schaffende Menschen einem Besitzenden gleich, und auch die wirtschaftliche Unterdrückung der sozial Schwachen wurde von brutalen Paragraphen sanktioniert, indem das Gesetz des alten Staates die wirtschaftlich abhängigen Menschen im kämpferischen Erzingen ihrer Freiheit hinderte. Der Staat war auch politisch nur Klassenstaat. Auch politisch gab es Herren und Knechte, Menschen höheren und minderen Rechts. Es ist ein ungeheurer Schritt vorwärts zur sittlichen Gestaltung des Zusammenlebens, daß die Republik uns die politische Gleichheit gebracht. Republik ist Freiheit und Schwarzrotgold das Symbol politisch gleichberechtigter Volksgenossen. Wir sind stolz auf diese Ordnung des politischen Zusammenlebens und wir hüten sie. Niemand soll wagen, an dieser Freiheit zu rütteln! Freiheit ist heilig! Republik ist mehr als staatliche Ordnung. Republik ist der politische Aus-

druck des Rechts auf das Selbst. Auf die Freiheit unserer Würde. Auf die Würde der Persönlichkeit. Und mit der Möglichkeit freier persönlicher Entfaltung ist die Republik der politische Boden der Gemeinschaftswelt. Nur dann sind Menschen frei, wenn alle frei sind. Solange auch ein einziger noch unfrei ist, ist Freiheit nicht. Freiheit hat Gemeinschaft zur Voraussetzung. Und die Republik ist die politische Voraussetzung für beides. Republikaner zu sein, ist darum eine Aufgabe an uns und den Menschen. Nicht am leuchtenden Banner allein sollen Menschen erkennen, daß die Republik unsere Staatsform ist. Auch an den Menschen. Ihrer Freiheit. Ihrem Stolz, der kein Oben und Unten kennt. Ihrer Verantwortung gegen die Pflichten, die die Staatsform der Freiheit den Menschen gibt. Nur republikanische Menschen sind der freien Staatsform würdig. Menschen, die auch selber im Zusammenleben diese Freiheit achten, im Kreise der Kollegen, der Familie, ihrer Organisation. Ich kann nicht Unrecht sehen, wo es auch sei, weil Unrecht nicht Freiheit ist. Ich kann nicht als Vereinzelter leben, weil nur Solidarität die Freiheit zu erzwingen imstande ist. Ich kann nicht ruhen, wenn es zu tun gibt, da Handeln nur vorwärts zur Freiheit führt. Ich kann nicht Gewalt und Faustrecht üben, weil der geistige Gedanke der Freiheit wachsen und reifen muß und gehütet sein will als Heiligtum des innerlichsten Menschen. Ich stehe in Ehrfurcht vor Recht, in Ehrfurcht vor Menschen. Ich schaffe und strebe und kämpfe für Menschen, da nur Tat und Kampf und Opfer höchstes Glück der Freiheit ist. G. H.

Lohnbewegung ohne Schwierigkeiten. Wie im Zeitalter des Lohn- und Preisabbaues trotzdem Lohnbewegungen nach oben geführt werden müssen, zeigt uns der Kottbusser Verein der Rechtsanwältinnen. Es heißt in der „Märkischen Volksstimme“ vom 14. Juni 1930:

„Durch Beschlüsse der Kottbusser Rechtsanwältinnen und des Vorstandes des Deutschen Anwaltsvereins sind die Kottbusser Rechtsanwältinnen verpflichtet, zur Abgeltung der gesteigerten Kosten, insbesondere der Belastung durch das am 14. April 1930 in Kraft getretene Gewerbesteuergesetz einen Zuschlag von 10 Proz. auf alle anwaltlichen Gebühren in streitigen Sachen zu erheben. Der Kottbusser Rechtsanwaltsverein e. V.“

Ja, wenn man den Arbeiter doch auch einmal verpflichten könnte, einen zehnprozentigen Zuschlag anzunehmen. Auf diese Kleinigkeit würde er sicherlich nicht mit Verachtung herablicken.

Was kostete die Rheinlandbesetzung dem Deutschen Reiche? Ingesamt wurden von dem Deutschen Reiche an die früheren Kriegsgegner 6 312 147 000 Mk. an Besatzungskosten zwangsweise vergütet. Im 5. Dawes-Jahr noch betrug die jährliche Summe



der Besatzungskosten 137 Millionen, so daß man mit Recht annehmen kann, daß noch weitere fünf Jahre der Besetzung mindestens 500 Mill. Mark allein Besatzungskosten verursacht hätten, neben den übrigen Schäden, die die deutsche Wirtschaft durch die Besetzung erlitt und die zahlenmäßig nicht erfasst werden konnten. Wir erinnern dabei nur an den Rückgang der Besucherzahl in dem im besetzten Gebiet liegenden Badeorten, dann an den katastrophalen Verkehrsrückgang in den Rheinstädten in der Besatzungszeit. Wie sehr sich auch sonst die Besetzung wirtschaftlich auswirkte, wird auch dadurch erwiesen, daß sich noch 1928 die Zahl der Erwerbslosen in der Pfalz auf über 19 von 1000 Einwohnern bezifferte, im Rheinlande auf über 12, während sie im gesamten Deutschen Reiche nur 9 Arbeitslose von 1000 Einwohnern betrug.